

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkstätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Abonnementpreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 150 G.-Pfg., bei Selbstabholung 140 G.-Pfg. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 u. 24596. Telefon für die Interaten-Abteilung Nr. 22721. Postscheckkonto Nr. 53477

Reaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 18893. — Verlag in Leipzig.  
Tauchaer Straße 19/21. — Telefon 24596

Abonnementpreise: Die 10gspalt. Kolonialzeile 20 G.-Pfg., bei Blattvorrichtung 25 G.-Pfg. Familiennotizen von Privaten die 10gsp. Kolonialzeile 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1,50 Goldm., Interate v. ausw.: die 10gsp. Kolonialzeile 25 G.-Pfg., bei Blattvorricht. 40 G.-Pfg. Reklamezeile 1,75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Besprechungen in Paris.

### Die Ankunft Macdonalds.

U. Paris, 9. Juli. Macdonald ist gestern nachmittag um 4 Uhr auf dem Pariser Nordbahnhof eingetroffen. Macdonald schüttelte alle Hände, die sich ihm entgegenstreckten. Er wurde in den Empfangssalon geführt, wo der Innenminister das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache ergriff. Fünf Minuten später langt Herriot ganz außer Atem an. Die beiden Ministerpräsidenten umarmten sich verschiedne Male. Auf der Straße kommt das Auto, in dem sie Platz genommen haben, nur langsam vorwärts. Es ist dicht von Menschen umstaut. Plötzlich bricht die Menge in die Rufe aus: „Es lebe Herriot“, es lebe Ramsay Macdonald“ und auch „Nieder mit dem Kriege“. Gegenmanifestanten rufen: „Es lebe der Versailler Vertrag“. Nach einem flüchtigen Aufenthalt im englischen Botschaftsgebäude haben sich die beiden Ministerpräsidenten nach dem Quai d'Orsay begeben und kurz vor fünf Uhr mit ihrer Aussprache begonnen, die bis nach 8 Uhr dauerte.

U. Paris, 9. Juli. Die Aussprache zwischen Ramsay Macdonald und Herriot, welche gestern abend um 1/2 Uhr in der englischen Botschaft fortgesetzt wurde, ist erst heute früh um 1 Uhr 40 Minuten zu Ende geführt worden. Ein offizielles Kommunique ist nicht veröffentlicht worden. Herriot legte zu Pressevertretern, sein Endrund wütet gut. Die Besprechungen werden heute zu Ende gebracht; heute vormittag um 1/2 Uhr soll die Aussprache wieder aufgenommen werden.

Am Mittwochmittag findet am Quai d'Orsay ein Festessen zu Ehren des englischen Premierministers statt, zu dem u. a. auch die Mitglieder der Finanzkommission sowie der Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten von Kammer und Senat eingeladen sind. Wegen der am Donnerstag im englischen Unterhaus stattfindenden Debatte über die internationale Politik wird Ramsay Macdonald vorwiegend spätestens am Mittwochabend die Rückreise nach London antreten.

### Die Themen der Aussprache.

#### Ein Kompromiß?

U. Paris, 9. Juli. Die Besprechung zwischen Macdonald und Herriot hatte nach einer Neuerung, die der englische Premierminister Vertretern der englischen Presse gegenüber getan hat, folgende Punkte zum Gegenstand:

1. Vereinigung einer Körperschaft mit der Feststellung deutscher Verschulden.

2. Sicherung der Besatzungstruppen im Ruhegebiet nach der Rückkehr der unsichtbaren Besetzung.

3. Einladung Deutschlands zur Konferenz am 16. Juli. Nähere Voraussetzung zu dieser Einladung.

Zu Punkt 1 scheint nach übereinstimmenden Angaben gut unterrichteter politischer Informationen eine Lösung zwischen den beiden Premierministern dahingehend beschlossen worden zu sein, daß die durch Hinzuziehung eines nicht offiziellen amerikanischen Delegierten umgebildete Reparationskommission, der als Vertreter der ausländischen Geldgeber fungieren soll, die Feststellung der deutschen Verschulden befreigen wird.

Es hat den Anschein, als wenn das englische Kabinett auf dieser Grundlage ein Kompromiß zwischen den divergierenden Auffassungen Macdonalds und Herriots herbeizuführen bestrebt wäre. Der Temps greift den englischen Vorschlag auf und erklärt, daß Frankreich bestimmen könne, wenn der Reparationskommission durch Hinzuziehung eines amerikanischen Mitgliedes das Recht verbleibe, über etwaige deutsche Verschulden zu entscheiden. Der Temps bemerkt weiter, man könne aber auch ins Auge fassen, daß die alliierten Regierungen sich untereinander verstündigen, um den Charakter einer deutschen Verschuldung, die die Reparationskommission anzündige, zu bestimmen. Falls die alliierten Regierungen sich nicht verstündigen könnten, könne man ein Ausgleichsverfahren vorsehen.

Daraus ist zu ersehen, daß ernsthafte politische Kreise auch in Frankreich, die nicht der Linken angehören, das Bestreben haben, die mühsam errichtete Brücke der Verständigung zu festigen. Außerdem aber heißt die nationalistische Presse unter Führung des Echo de Paris weiter wie bisher, und es ist selbstverständlich, daß die Presse der deutschen Nationalisten in dieselbe Kerbe haut. Charakteristisch ist die Haltung der Deutschen Zeitung, die gestern vor einem Canossagang Macdonald schrieb, während vor wenigen Tagen erst Herriot, ähnlich seiner Reise nach London, einen Canossagang gemacht haben sollte. Den deutschen Hakenkreuzern ist jedes Bestreben, zu einer internationalen Verständigung zu kommen, ein Canossa. Freilich im andern Sinne, ein Canossa der Internationale des Nationalismus, der dadurch ganz von selbst das Wasser abgegraben würde.

Das Echo de Paris macht jetzt nach der Reise des englischen Ministerpräsidenten Herriot zum Vorwurf, daß er sich Macdonalds bediene, um seine bedrohte Stellung zu retten. Die Opposition stößt mit diesem Manöver selbst solche Kreise vor den Kopf, die ihr bisher Geholdehaft geleistet haben. Denn der Wunsch, daß es in der Aus-

sprache zwischen Herriot und Macdonald gelingen möge, die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, wird selbst von rechtsstehenden Blättern, wie dem Figaro, dem Gaulois und dem Journal des Débats, erhoben. Anderseits aber machen die hinter der Regierung stehenden Organe kein Hehl daraus, daß Herriots Position bei diesen Verhandlungen in höchstem Grade gelitten hat.

#### Der gestrige Ministerrat.

SPD. Paris, 8. Juli. Der am Dienstagvormittag abgehaltene Ministerrat hat eine Reihe von Beschlüssen von großer Tragweite geprägt. Der größte Teil der Beratungen war dem vom Außenministerium in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Fachkanzeln vorbereiteten Memorandum zur Londoner Konferenz gewidmet, dessen Text gemildert wurde. Die Abstimmung soll erst nach der Aussprache mit Ramsay Macdonald stattfinden. Auf Vorschlag des Ministeriums des Justiz hat das Kabinett sodann eine Reihe von Personalveränderungen in den höheren Stellen vorgenommen, deren Zweck ist, die Verwaltung von den Künstlingen des Nationalen Blocks zu säubern.

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am Dienstag weiter beschlossen, der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Überführung der sterblichen Überreste von Jaurès ins Pantheon, die nationale Begegnungsstätte der großen Männer Frankreichs, vorsieht. Herriot ersollt mit dieser Ehrengabe des großen, am Vorabend des Kriegsausbruches von seiner Mörderhand gemordeten Volkstribunen eine nicht nur von den Sozialisten, sondern auch von allen Demokraten Frankreichs sehr erhobene Forderung, die von seinen Gefährten immer wieder abgelenkt worden war. Seit Zola hat keine Beisetzung im Pantheon mehr stattgefunden.

Nach verschiedenen Pressemeldungen soll der politische Direktor des Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, abgesetzt worden sein. Della Rocca war einer der Hauptcharaktere im Kabinett Poincaré, und die Behauptungen, daß er der Urheber jener nationalistischen Hetze sei, die in diesen Tagen vom Echo de Paris inszeniert wurde, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Leider scheint sich aber diese Nachricht nicht zu bestätigen. Die Position Herriots ist bei weitem nicht stark genug, um sich derartiger Schädlinge zu entledigen. Della Rocca soll vielmehr an den gestrigen Aussprachen mit Macdonald teilgenommen haben.

WTB. Paris, 7. Juli. Wegen der Pariser Reise Ramsay Macdonalds ist im Einvernehmen mit den Interpellanten die Debatte über die auswärtige Politik im Senat auf Donnerstag verschoben worden.

#### Ein Weißbuch der englischen Regierung.

U. London, 8. Juli. In Einklang mit dem Versprechen, das Macdonald gestern abend im Unterhaus gemacht hat, wurde in der gestrigen Sitzung des Unterhauses auf den Tisch des Hauses ein Band niedergelegt, der die gesamten, in bezug auf die kommende Konferenz in London geführten Korrespondenzen enthält. Das erste Dokument ist ein Telegramm der englischen Regierung an ihren Botschafter in Rom, in dem dieser aufgefordert wird, die italienische Regierung um die Zustimmung zu dieser Konferenz über das Dawes-Gutachten zu bitten. In diesem Telegramm wird weiter darauf hingewiesen, daß wenn die kommende Konferenz sich nur auf die Erörterung des Gutachtens beschäumen werde, die Frage der Sicherheit und der interalliierten Schulden auf einer späteren Konferenz erledigt werden müßten. Deshalb wird sich die vorläufig in Frage kommende Konferenz lediglich mit dem durch das Gutachten des Generals Dawes geschaffenen Instrument beschäftigen. Es sei im Gutachten des Generals Dawes vorgesehen, daß Sanktionen nur im Falle flagranter Verstöße gegen die Bestimmungen des Gutachtens ergriffen werden sollen und es sei nunmehr notwendig, darüber zu entscheiden, welche Autorität im Falle deutscher Verstöße darüber zu entscheiden haben wird. Da die von dem Dawes-Gutachten vorgegebenen deutschen Verpflichtungen weit über die in dem Versailler Vertrag festgesetzten hinausgehen, gehöre die Ansicht der englischen Regierung dahin, daß nicht die Reparationskommission diese Instanz sein dürfe, deren Beurkundung durch den Versailler Vertrag strikt und eindeutig festgesetzt sei, sondern etwa die Finanzkommission des Völkerbundes. Das Telegramm schließt mit der Einladung der italienischen Regierung zu der Konferenz in London am 16. Juli dieses Jahres.

Dem Telegramm folgt das Schreiben, das Sir Crewe dem Grafen Peretti della Rocca gesandt hat, und in dem unter dem Datum vom 24. Juni die fünf Punkte aufgeführt werden, deren Erörterung die englische Regierung für durchaus notwendig hält. Der Empfang dieser Mitteilung wird am 27. Juni in kurzer Form von Peretti bestätigt. Es folgen entsprechende Mitteilungen an die belgischen und japanischen Botschafter. In andern Mitteilungen wird den diplomatischen Vertretern Brasiliens, der Tschechoslowakei, Polens und andern versprochen, sie ständig über die Arbeiten der Konferenz auf dem laufenden zu halten.

#### Neue Konferenz der Finanzminister.

U. Berlin, 9. Juli. Die Vertreter der einzelnen Länder werden zunächst mit ihren Landesregierungen Fühlung nehmen und in der nächsten Woche, voraussichtlich am 15. Juli, soll eine neue Konferenz in Berlin stattfinden, um die gestern erörterten Fragen endgültig zu klären. Nach dem vorläufigen Ablauf der Beratungen im Reichsfinanzministerium begaben sich die Finanzminister zum Reichsverkehrsminister Oester. Dieser gab nähere Aufschlüsse über die Gestaltung des Eisenbahngebiets im Organisationskomitee. Im Anschluß daran wurde im einzelnen erörtert, wie die Durchführung des Gutachtens mit Rücksicht auf die Interessen der einzelnen Länder gestaltet werden soll.

## Der englisch-französische Zwischenfall.

O. P. London, 6. Juli.

Der Zusammentreffen Macdonalds und Herriots in Chequers ist eine derartige Flut von Erklärungen, Missverständnissen, Nichtstellungen und neuen Missverständnissen gefolgt, wie sie nur den ältesten und ältesten Vorstellungen von hoher Politik und diplomatischen Verwicklungen entsprechen. Die Intrigen der Presse und zum Teil auch der böse Wille sabotierender Beamter sind eifrig am Werk, die Verwirrung noch zu verstärken. Um so notwendiger ist es, in der Beurteilung des Zwischenfalls klaren Kopf zu behalten.

Was ist geschehen? Wir haben versucht, den Inhalt der Zusammenkunft zwischen den beiden Premierministern auf die Formel zu bringen, daß in ihr die Entente erneuert wurde auf der Grundlage der Erziehung des Versailler Friedensvertrages durch den Sachverständigenbericht. Das ist der Sachen nach tatsächlich, was sich vollzieht. Aber während die Ereignisse der letzten Tage unsre Aussäffung bestätigt haben, daß dieser Vorgang in England mit all seinen praktischen Konsequenzen erkannt und gewollt wird, hat sich in Frankreich etwas anderes gezeigt. Auch in Frankreich darf man es noch nicht laut sagen.

Die englische Regierung, die nebenbei bemerkt, vor den Wahlen an die Wandlung in Frankreich nicht glauben wollte (sonst hätte Macdonald nicht Poincaré am Vorabend der französischen Wahlen eingeladen), scheint nun das Tempo dieser Wandlung überschätzt zu haben. So ist Macdonald aus seiner bisherigen Reserve mit einem mutigen und ehrlichen Schritt hervorgetreten: er hat der Einladung zur Londoner interalliierten Konferenz eine Darlegung des englischen Standpunktes beigefügt, in der er klar und klar ausspricht, daß das Sachverständigengutachten in vielen Punkten über den Versailler Vertrag hinausgeht, seine Ausführung dagegen und insbesondere die Feststellung, ob Deutschland die ihm darin auferlegten Verpflichtungen erfüllt, nicht den Organen, die der Versailler Vertrag eingesetzt hat, also vor allem nicht der Reparationskommission, sondern andern, neu zu schaffenden und gerechter zusammengesetzten Instanzen übertragen werden soll. Mit andern Worten: Deutschland soll nicht nur bei der Londoner Konferenz mit verhandeln, es soll auch bei der Durchführung des Sachverständigenplanes mitreden.

Darob ein Wutgeheul der Pariser reaktionären Presse! Den französischen Nationalisten gilt der Versailler Vertrag noch immer als Altherrenlichkeit, als Anfang und Ende jeder Politik und eine Verleugnung dieser heiligen Schrift geradezu als Gotteslästerung. Der englische Aussaß, daß die Reparationskommission nur durch den „Zufall“, daß sich Amerika völlig zurückzog, ein von der ursprünglichen Absicht des Vertrages weit entfernt reines Hilfsmittel der französischen Politik geworden ist, seien sie die leidenschaftliche Rechnung entgegen, daß Frankreich, dem nach dem Vertrage 52 Prozent der deutschen Reparationen zufallen, auch wie in jeder andern ordentlichen Weltgemeinschaft Anspruch auf die Majorität der Stimmen habe. Sie haben das Sachverständigengutachten stets mit Misstrauen als eine Art Umgehung des Friedensvertrages betrachtet, und nun, da Macdonald im Sinne und zur Ausführung dieses Gutachtens von einer Erziehung der Reparationskommission durch eine andre Körperschaft spricht, von der die Zustimmung zu solchen „Sanktionen“ wie die Auflösung gewiß nicht so leicht zu haben wäre — nun ist es eine ausgemachte Sache, daß Herriot das arme Frankreich an England und Deutschland verlaust und verraten hat. So schreibt, nein, so schreibt es die Pariser große Presse, die natürlich das äußerste daran setzt, der verhafteten Regierung des Linksblocks aus außenpolitischen Missverständnissen einen innerpolitischen Strick zu drehen. Und wenn auch die leichten Wahlen deutlich bewiesen haben, daß das Geheul der Pariser nationalistischen Presse seineswegs die Stimme Frankreichs ist, so ist es doch nach außen hin ein starker und gefährlicher Gegner. Um so stärker und um so gefährlicher, als Herriot — wie die kleinen Niederlagen und Verträte bei den jüngsten Wahlen der Vorstehenden in den Parlamentsausschüssen zeigen — im Innern seiner eigenen Mehrheit so schwache und feige Anhänger hat.

Das ist der lachliche Kern des Streites. Dazu kommt unglückseligerweise noch eine formale Verwicklung. In Chequers war man überzeugt, daß die Einladung zur Konferenz von der englischen Regierung ausgehen, aber im Namen beider erfolgen sollte. Infolgedessen erhielt das französische Außenamt unvorsichtigerweise den Wortlaut nicht zugestellt (obgleich doch die vielen Missverständnisse in Communiqués und Interviews nach der Unterredung von Chequers zur Vorsicht gemahnt hätten); so entstand in Paris die Version, die englische Regierung habe in die gemeinsame Einladung eine Frankreich schädigende Erklärung hineingeschmuggelt, während es in Wahrheit nur eine der gemeinsa-

Jamen Einladung beigelegte Darlegung des englischen Standpunktes war. Daraus folgten ausgetragte Dementis und heute ist die Sache soweit aufgelaert, da<sup>s</sup> das englische Memorandum weder Frankreich, noch die Konferenz binden soll, ja — wie wieder Macdonalds englische Gegner schuettern andeuten — nicht einmal England.

Immerhin aber zeigt dieser Zwischenfall, der aus den Bedürfnissen des innerpolitischen Kampfes in Frankreich zu einer außenpolitischen Affäre ausgebaut wurde, den Unterschied in der Stellung und wohl auch im Charakter der beiden Regierungen. Macdonald hat nach langem Zögern und Zaudern, nach vorsichtigem Einschätzen in die Stimmung des eigenen Landes und einer rücksichtsvollen psychologischen Vorbehandlung Frankreichs, endlich einen klaren, seiner Überzeugung entsprechenden Schritt getan; und — wieviel auch auf das Konto formaler Zusätze oder aber absichtlicher Ungeschicklichkeiten der diplomatischen Handlanger zu legen ist — das Ergebnis dieses ersten Schrittes, dessen Inhalt für das lange Zögern entschädigt, rechtfertigt auch die langsame Methode der Vorbereitung, ja entschuldigt selbst die Scheu, vorzeitig von der Revision des Versailler Vertrages zu sprechen. Auf der andern Seite zeigt es, daß Macdonald im eigenen Lande gesieht genug operiert hat, um in den Fragen der äußeren Politik, selbst in solchen heissen Augenblicken, die öffentliche Meinung nahezu vollständig hinter sich zu haben. Freilich, es handelt sich um eine Vereinstimmung nur in den großen Grundzügen und — die großen Interessen der englischen Bourgeoisie sind nicht unmittelbar berührt.

Gerade umgekehrt liegen die Dinge in Frankreich. Herriot ist durch einen richtigen Umschwung zur Macht gekommen und er hat sie mit einem Anasieffekt angelitten. Seine Politik ist dementsprechend die der raschen Handlung, der starken Gebärden — aber auch der starken Gegnerschaft mächtiger und niemals verzehrender Feinde. Daher folgt dem Vorstürmen so oft ein Zurückweichen, daher ist der Widerruf oft ebenso laut wie das Wort. Herriot mag auch persönlich der schwächere Charakter sein — seine Situation ist jedenfalls die weit aus schwierigere, und man hat nicht mit Unrecht gesagt, Macdonald, der nur über eine Minderheit verfügt, könnte mit Herriots Mehrheit keine Woche regieren. Es ist der merkwürdige Unterschied zwischen der soliden, oft allzu ängstlichen Arbeit einer Arbeiterregierung und der glänzenden, aber schwanken den Freiheit eines „radikalen“, in Wahrheit scheinradikalen bürgerlichen Kabinetts. Diese sogenannten konstitutionelle Freiheit einer bürgerlichen Regierung auszutreiben und ihr das auch so schwache Rüddgrat zu stärken, ist die höchst undankbare Ausgabe, die unsre Genossen auf sich genommen haben, und das Vertrauen der ganzen Internationale begleitet sie. Sie haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie den Friedensvertrag durch eine bessere und gerechtere Regelung zu ersuchen wünschen; sie haben aus diesem Grunde das Sachverständigengutachten begrüßt. Sie werden schließlich auch entscheiden müssen, ob man, was sie und alle Sozialisten wollen, in England aussprechen darf, ohne in Frankreich demontiert zu werden.

Im Augenblick indes läßt zwischen der offiziellen Auffassung in England und der in Frankreich ein unerheblicher Widerspruch. Ob unter diesen Umständen die Konferenz zum angesehenen Datum zusammenentreten kann — was manche bezweifeln —, ist gar nicht die entscheidende Frage; die wichtigere ist, was dabei herauskommen soll. Jedenfalls hat der Zwischenfall bewirkt, daß die Londoner Konferenz, die nach der französisch-englischen Verständigung in Chevreux nur eine formale Angelegenheit schien, durch die mit so viel Lärm aufgerissenen Lücken dieser Verständigung zu einem Unfall geworden ist, wo schwierige sachliche Fragen zur Erörterung stehen. Die Freunde des Friedens und der Demokratie in der Welt haben sicher ein Interesse daran, daß auf dieser Konferenz die Gegenläufigkeit zwischen der gegenwärtigen englischen und französischen Regierung beseitigt werden; das Interesse der Arbeiterklasse geht weiter. Ihr — die auf die Regierungen der beiden entscheidenden Staaten nunmehr maßgebenden Einfluß besitzt — handelt es sich nicht bloß darum, den Enttäuschungen der bisherigen diplomatischen Konferenzen keine weiteren folgen zu lassen. Ihr handelt es sich auch nicht bloß darum, den Versailler Vertrag formell durch den Dawes-Plan zu ersehen und die beste Maschinerie aussindig zu machen, die das Sachverständigengutachten durchführen soll — hat doch die Executive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in dem Beschuß ihrer Luxemburger Tagung die internationale Arbeiterklasse wohlweislich davor gewarnt, in diesem Gutachten etwas andres als den Plan einer rein kapitalistischen „Sanierung“ Deutschlands zu sehen. Dem Proletariat kommt es nicht an auf Konferenzen und Pläne, nicht auf Formeln und Instanzen, sondern auf den Inhalt dessen, was aus all den Konferenzen und Plänen werden soll. Hier aber steht — die Internationale hat auch das in Luxemburg gesagt, hat es in Wien wiederholt und wird es, wenn nötig, noch einmal sagen — eine Forderung obenan: die Regelung der Reparationsfrage, die durch das Sachverständigengutachten erfolgen soll, darf nicht auf Kosten der deutschen Arbeiter gehen. Was immer die Londoner Konferenz beschließt, wie immer sie den Versailler Vertrag durch das Sachverständigengutachten liquidiert — an den Abschlußtag der deutschen Arbeiter darf sie nicht führen.

## **Tschechische Koalitionsbeschwerden.**

Auflig. den 7. Juli.  
J. B. Die Frühjahrsession des Prager Parlamentes ist von wenigen Tagen geschlossen worden, und man muß sagen, daß ihre positiven Ergebnisse sehr mager sind. Zwar ist in letzter Stunde eine wichtige Vorlage glatt angenommen worden: die adeligen Fideikomisse werde aufgehoben. Bissher infolge ihrer Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit sowie ihrer auf 30 Proz. begrenzten Schatzfähigkeit das Fundament der wirtschaftlichen Macht des Hochadels, werden sie nun zu gewöhnlichen Gütern, die bei den heutigen Verhältnissen wohl bald den Weg alles Jüdischen gehen.

Das Parlament hat auch eine Reihe sozialer Gesetze angenommen. So wurde ein Schuhgesetz für die im Lederergewerbe Beschäftigten beschlossen, das Mieterschutzgesetz in allerdings verschlechterter Form verlängert, ebenso das Gesetz über die bisherige Art der Arbeitslosenunterstützung, wonach der Staat die Unterstützungen bezahlt, nachdem das längst beschlossene Gesetz über das Renten-System, das am 1. Juli d. J. in Kraft treten sollte, infolge immer noch andauernden Massenarbeitslosigkeit um ein Jahr hinausgeschoben werden musk. Vom 15. Dezember 1918 bis Februar

April d. J. hat der Staat eine Milliarde und 33½ Millionen Kronen an Arbeitslosenunterstützung bezahlt, in den ersten vier Monaten dieses Jahres 75½ Millionen. Nun sind neuerdings 20 Millionen Kronen bewilligt, wobei es die deutschen Agrarier nicht fertig brachten, die Summe, die ohnehin ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, bedingungslos zu bewilligen. Sie wollten eine Art „produktive Erwerbslosenfürsorge“ nach ihrem Sinne, indem angeblich die Arbeitslosenunterstützung — man bedenke: 1% Friedenskronen täglich! — demoralisierend wirfe. So hatten sie die Styrn, zu verlangen, dass die Arbeitslosen für diese 1% Friedenskronen ohne weiteres Zuschlag umsonst Arbeiten für die Gemeinden leisten sollen. Sie sind es auch, die ihren deutschen Volksgenossen um jeden Preis den Achtsundertag rauben wollen und unentwegt Anträge auf seinen Abbau stellen. Es ist nicht ihre Schuld, wenn die Sozialgesetzgebung in der Tschechoslowakei nicht einen rücksichtigen Kurs ausweist.

Beschlossen wurde auch ein Abbau des stehenden Heeres auf 90 000 Mann von den bisherigen 150 000. Das ist wohl der wichtigste Beschluss, den das Parlament fägte, und wenn es auch bloß aus Sparsamkeitsgründen und nicht aus dem prinzipsiellen Drang nach Abrüstung; wenn es auch verklausuliert gesetzt wurde, so verdient das wohl lebhafteste Nachahmung in allen Staaten. In diesem Zusammenhang wünschten die tschechischen Sozialdemokraten eine Reduzierung der Militärzeit um 3 Monate für die Mitglieder der Turnvereine, die sich über eine entsprechende Vorbildung ausweisen können. Die tschechisch-nationalen Blätter fragten ganz entrüstet, ob sich das auch auf die Mitglieder der deutschen Turnvereine beziehen sollte, was das Pravo lidu, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, in anerkennenswerter Weise bejahte, da man keine Gesetze mit Privilegien schaffen dürfe. Wied der Antrag angenommen, so ist er der erste wirklich positive Schritt zur Miliz, von der man sonst keinen Hauch verspürt. Es wäre eine Art Übergabeung des Militärdienstes auf private Körporationen, ähnlich wie in der Schweiz der Soldat einen Teil seiner Schießübungen in privaten Schützenvereinen absolviert. Vom Schweizer Standpunkt wird diese Militarisierung des Turnwesens, das sich dann auch teilweise umgestalten müchte, als Rückschritt betrachtet werden. In der Tschechoslowakei, wo nichts lehnlicher gewünscht wird, als ein Abbau der überlangen, zweijährigen Dienstausbildungszeit, wäre selbst dieser Modus ein großer Fortschritt.

Kann man also nicht sagen, daß das Parlament nichts getan hätte, so muß man ihm doch den Vorwurf machen, daß es das Wichtigste unterlassen hat. Millionen von Bürgern warten auf die Realisierung der Sozialversicherung. Seit dem Umsturz schon wird das Gesetz versprochen, ganz sicher sollte es in der diesjährigen Frühjahrssession erledigt werden, und nun sind noch nicht einmal die Ausschusshörerungen fertig. Ein ununterbrochener Handel tobts um die harrt umstrittene Vorlage. Beinahe jede Partei macht ihre Vorbehalte. Das ist wohl das Eklatäteste an der Beratung dieses Gesetzes, daß eine selbstverständliche Pflicht des Staates gegenüber dem Proletariat von den kapitalistischen Parteien zum Anlaß egoistischer Konzessionen gemacht wird. Die Klerikalen verlangten die Anerkennung ihrer liturgischen Feiertage, die Kleinbürgerliche Partei der Nationalsozialisten und mit ihr die übrigen Koalitionsparteien, außer den Sozialdemokraten, eine Verschärfung der Sozialversicherung der Arbeiter mit jener der selbständigen Kleinhandwerker und Geschäftsleute. Die deutschen Agrarier verlangten als Gegengabe den so lang ersehnten Schutz zoll auf Getreide und Mehl. Darob ist es in der Koalition wieder einmal fast zum Krachen gekommen. Die tschechischen Agrarier, heute die mächtigste Koalitionspartei, die den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Kriegsminister stellt, fordeten ihre Forderung in die Form eines Ultimatums. Das drohten die tschechischen Sozialdemokraten in Hartnäck, die eine erweiterte Parteivertretungssitzung einberufen und mit allen Konsequenzen drohten, wenn dem Sozialversicherungsgesetz Schwierigkeiten gemacht würden. Der Sturm im Wassergrase hat sich dann nach mannigfachen Verhandlungen gelegt, die Agrarier erklärt, keine Schwierigkeiten machen zu wollen, doch beharren sie auf der zollpolitischen Gleichstellung mit der Industrie. Es ist unverkennbar, daß eine Krise der Landwirtschaft besteht, die in der Disparität zwischen den Preisen der Industrie und der landwirtschaftlichen Produkte zum Ausdruck kommt, aber Industrie und Landwirtschaft sind beide mit den Preisen zu hoch und müssen herunter, wenn die Krise jemals aufhören soll. So ist zunächst eine Anpassung der übermäßig hohen Industriezölle, die fast durchweg den Charakter von Schutzzöllen tragen, an die Landwirtschaftszölle vorzunehmen und nicht umgekehrt. Dagegen wehren sich aber natürlich die Industriemagnaten und die sie repräsentierende Partei der Nationaldemokraten, hinter der zum Überfluß auch die Banken stehen. Die Koalition bewahrt Stillschweigen darüber, was sie zu tun gedenkt. Es wird ihr, die einen Wust von Interessensphären zu vereinigen hat, deren Gegenseitigkeit nur noch sehr notdürftig von dem nationalen Mäntelchen zusammengehalten wird, schwer werden, einen Ausweg zu finden, und man spricht schon davon, daß die Getreidezölle nicht Mäntelchen zusammengehalten wird, schwer werden, einen Ausweg geführt werden sollen. Der Effekt wäre der gleiche, über man säme im die unangenehme parlamentarische Behandlung, bei der auch die Opposition mitredet, herum.

So offenbart die Divergenz der wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, daß die Koalition nicht einmal mehr imstande ist, das zu retten, was ihre einzige Lebensaufgabe sein soll: den Staat und eine Konsolidierung. Allenthalben zeigen sich die Sumpfsäulen der Korruption, die ein untrennbarer Bestandteil der Vetternwirtschaft und Koalition ist. Noch immer spult die Spieldussele unher.

Doch eben an dem, was ihr Kett scheint, die enge Verbundenheit der Geschäftsinteressen gegen den andersnationalen Kapitalismus, von daran wird die Koalition zugrunde gehen. Es ist nur eine Phase des kapitalistischen Klassenkampfes, die sich da abspielt. Bald wird das Feld abgegrast sein und statt des Kampfes der Kapitäten der einen Nation gegen jene des andern, wird der gemeinsame Kampf gegen das Proletariat treten. Schon melden sich die anderen, die deutschen Agrarier insbesondere machen ihren Anspruch auf die Teilnahme an der Regierungsgewalt geltend. Eben war der Präsident der Republik in Mähren, und aus dem Wust der Ansprüchen bedient eine hervorgehoben zu werden, die des deutschen agrarischen Börgertums, die Agrarzölle und ein Anteil an der Regierungsmacht verlangt. Es ist nur eine von vielen Rundgebungen, die den kommenden Weg bezeichnen. Statt des imaginären politischen Staatsinteresses tritt das gemeinsame Wirtschaftsinteresse auf den Plan. Selbst die scheinbar einheitlichste unter den tschechischen Parteien, die klerikale, macht eine Krise in der Richtung der wirtschaftlichen Teilung durch. Unter Führung des Abg. Roderka hat sich die Gruppe der Kleinbauern abgesplittet, eine weitere Trennung ist intransigenten klerikalen Gruppe unter Abg. Myšlisek von der durch Minister Šramek geführten Hauptmacht durchgeföhrt. Es teilt bei den Nationaldemokraten, bei den Nationalsozialisten allenfalls eben. Die Anzeichen der Umgruppierung mehrten sich, die nach den auf das nächste Jahr fallenden Neuwahlen unvermeidlich ist, wenn sie nicht früher schon sich einen Ausweg schafft. Es wäre unobjektiv, wollte man die jetzige Arbeit der tschechischen Sozialdemokraten unterschätzen. Die Front ist sicherlich

Ostrauer Partei so eine wesentlich festere Haltung einzunehmen und den Gang der Dinge erkannt zu haben. Sie bemüht sich mit überlebenswertem Eifer, vor Totschlag mancherlei Geiche unter Dach und Fach zu bringen, die sonst wohl die Arbeiterschaft erit in harren Kämpfen erringen müsste. Die kleineren Rückfälle in alte Bahnen vermögen diese Linie nicht zu verwischen. Es wäre gut, wenn sie die tschechischen Sozialdemokraten bewußt herausarbeiten und auch der Koalition gegenüber dokumentieren wollten. Eine Atmosphäre des Vertrauens könnte so geschaffen werden, in der bis zu einem gewissen Grade die tschechischen Genossen auch als Mandatare der deutschen Sozialdemokratie auftreten könnten, die noch wesentlicher wäre für die kommende Zeit, da die unselige all-nationale Koalition ausgespielt haben wird.

## Landesverräder.

Wer bisher wagte, auf die Beziehungen zwischen den nationalistischen Organisationen, der schwarzen und der legalen Reichswehr hinzzuweisen, hatte im voraus damit zu rechnen, einen Landesverratsprozeß angehängt zu bekommen. Trotzdem stürzte sich das Material bergewich und es kann auch nicht aus der Welt geschafft werden, wenn Hunderte von Prozessen wegen Veröffentlichung des Materials anhängig gemacht würden. Gerade die Rechtsorganisationen haben mit aller Dreistigkeit auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Jetzt ist der von der französischen Besatzungsbehörde des Ruhrgebiets herausgegebene Nachrichtendienst in der Lage, ein Urteil zu zitieren, das die nationalistische Zeitschrift *Der Stahlhelm*, das Organ des Bundes der Frontsoldaten, Anfang Juni veröffentlicht hat. Aus diesem Urteil, das somit aller Welt zugänglich gemacht wurde, konnte jedermann entnehmen, daß zwischen der Reichswehr und dem Jungdeutschen Orden enge Beziehungen bestehen bzw. bestanden haben. Davon nimmt denn auch der französische Pressebeamte mit Schmunzeln Kenntnis. Er schreibt nach einer Darstellung des SWD:

"Man muss dem deutschen Amtsgericht Dank wissen, daß es

- durch sein Urteil bestätigt hat.

  1. die Tatsache, daß im Oktober 1923 an Mitglieder des Jungdeutschen Ordens Gestellungsbefehle verschickt wurden;
  2. daß die Gestellungsbefehle nicht von der Reichswehr, sondern von der schwarzen Reichswehr ausgegangen sind; und
  3. daß die Reichswehr die von der schwarzen Reichswehr mobilisierten jungen Leute in ihre eigenen Formationen eingereiht hat, obwohl nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags nur solche Leute in die Reichswehr aufgenommen werden dürfen, die sich auf die Dauer von 12 Jahren verpflichten.

Damit wird augleich bestätigt, was in das Interesse des

Damit wird zugleich bestätigt, was in der französischen Presse in den letzten Tagen über militärische Vorbereitungen Deutschlands geschrieben wurde und was von der deutschen Presse als „Heß- und Pfeifferkonspiration“ bezeichnet wurde.“

Wegen ähnlicher Behauptungen wurde u. a. auch die Anklage gegen den Genossen Zeigner wegen Landesverrats erhoben. Wir machen den Oberrechtsanwalt besonders auf diese Feststellung im Nachrichtendienst der französischen Besatzungsbehörde aufmerksam. Konsequenterweise müßte der Herr Oberrechtsanwalt zunächst einmal ein Verfahren gegen das Organ des Bundes der Frontsoldaten einleiten, weil durch die Publikation des Gerichtsurteils in durchaus legaler Weise bestätigt worden ist, weswegen Zeigner und hundert andre angeklagt worden sind.

II. Rostock, 7. Juli. Der frühere Leiter der Kreispolizei Rostock, Sondermann, wurde vom Oberlandesgericht Rostock wegen Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus und 1000 M. Geldstrafe verurteilt unter Abschaffung der bürgerlichen Ehrenrechte. Sondermann war tätig als Spion der Ruhrbesatzung und als Spitzel der französischen Regierung, der er geheime Nachrichten, deren Geheimhaltung dringend im Interesse des deutschen Volkes lag, mitgeteilt hat.

**Sie werden immer frecher.**

SPD. Halle, 7. Juli. Die „Vaterländischen Verbände Halle“ haben folgendes Schreiben an die Reichsregierung gesandt:

„Immer mehr erweise ich der 9. November 1918 als der schwärzeste Tag in der deutschen Geschichte, als der Ausgangspunkt all des Elends unserer Lage. Volksföhre Verführer haben damals, in erster Linie gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft, der kämpfenden Front den Dolch in den Rücken gestoßen. Aber auch auf denen, die nichts gemein haben mit diesen Beträtern an unserem Volk, lässt das Bewußtsein schwer, diese Entwicklung nicht verhindert zu haben. So tragen alle Angehörigen unseres Volkes gemeinsam Schuld. Aus dieser Entwicklung heraus richten die Vereinigten Vaterländischen Verbände an die Reichsregierung die Bitte, die entsprechenden Schritte zu ergreifen, um diesen Tag bereits in diesem Jahr für das ganze Reich zu einem allgemeinen Buß- und Betttag zu machen; sie verbinden damit die Forderung, mit diesem Tag gleichzeitig ein ehrendes Gedenken der im Weltkrieg für das Vaterland gefallenen Helden zu verbinden. Wir erwarten, daß die Reichsregierung sich dieser im Hinblick auf die Wahrung der Ehre der Nation so selbstverständlichen Forderung nicht länger entziehen wird.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Verbände Halles.

Oberstleutnant Düsterberg gehörte zu denen, die den

Auch der Oberstleutnant Düsteberg gehörte zu denen, die sich nach dem 9 November in die äußersten Winkel der nationalistischen Rauschlächer verkrochen. Unlänglich des Ludendorffstummels in Halle am 11. Mai redete der Herr Oberstleutnant die höchsten Töne. In der Deutschen Zeitung, dem Zentralorgan der Hakenkreuzler, verhinderte er zumindest keinen Wahnsinnstrahl.

„Unser heiligste Ziel ist die Befreiung und Einigung aller deutschen in einem mächtigen, auf völkischer und sozialer Grundlage errichteten Deutschen Reich.“

So orakelte er bereits vor dem Moltschensmal in Halle. Der ehemalige Oberstleutnant gehörte, wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst mitteilt, zu denjenigen, die in der Waffenstillstandscommission wacker dazu beigetragen haben, dem Vaterland den

Er hat allen Anlaß, einen Buß- und Betttag zu fordern, der aber nicht auf den 9. November, sondern auf den Tag, an dem von deutschen Botschaftern in Petersburg und Paris die Kriegs-

#### Gründung der „WILHELM“

**Eröffnung des anhaltischen Landtages.**  
SPD. Dessau, den 8. Juli. Der neue Landtag für Anhalt trat am Dienstag vormittag unter dem Voritc eines deutschnationalen Ministerspräsidenten zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nach der Eröffnungsansprache verfügte sich das Haus sofort, da unter den Parteien noch keine Einigung über die Bildung der neuen Regierung stand, die Wahl des Landtagspräsidiums erzielt worden war. Auch s die Sitzung eine Stunde später wieder aufgenommen wurde, lag noch kein Ergebnis der Beratungen unter den Parteien vor, so dass Vertragung auf Mittwoch beabschlossen wurde. Die Deutschnationalen haben die zweit Landständler und den einen Vertreter des ausländischen aufgenommen und erheben nunmehr mit 9 Abgeordneten den Anspruch, als zweitstärkste Fraktion zu gelten. Ihr Bestreben ist natürlich dahin, unter ihrer Leitung eine Regierung zu stenden. Die Sozialdemokratie wird sich vorbehaltlich einer Zustimmung ihrer Partei nicht bestimmen, so dass schließlich eine Koalitionsregierung

## Donnerstag Zusammenkriß des Kabinetts.

U. Berlin, 8. Juli. Der Kabinettsrat des Reichstages ist auf Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr, einberufen worden. Gegenstand seiner Verhandlungen wird die Beschwerde der kommunistischen Fraktion über die Haussuchung in den Räumlichkeiten der Fraktion im Reichstage sein.

U. Berlin, 8. Juli. Der kommunistische Abgeordnete Rechtsanwalt O. Buch hat im Auftrage seiner Fraktion dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes in Leipzig persönlich ein Beschwerdeschreiben überreicht, das sich mit der in den kommunistischen Fraktionenzimmern in den Parlamenten vorgenommenen Haussuchung beschäftigt. Es wird darin erachtet, durch entsprechende Weisungen an den Untersuchungsrichter Vogt die Fortführung der gerichtlichen Maßnahmen in der Strafsache Maßlow und Benossen (aus die sich die Haussuchung bestimmt bezog) mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen. Insbesondere wird die Rückgabe aller vorliegenden beschlagnahmten Papiere verlangt, die zu diesem Strafverfahren nicht in Beziehung stehen.

## Vorläufig keine Verfassungsänderung in Bayern.

SPD. München, 8. Juli. Der in der Deutschen Reichsregierung erhobenen Forderung nach Bekanntgabe des Koalitionsprogramms der neuen bayerischen Regierung im Wortlaut ist nunmehr Einigung gefehlt worden. Das Programm umfaßt sieben Punkte, deren Inhalt im allgemeinen schon bekannt ist. Von Interesse ist jedoch, daß sich die Regierungsparteien zur Gefundung der Staatsfinanzen dahin verständigt haben, parlamentarische Anträge, die Mehrausgaben zur Folge haben, gegen den begründeten Widerspruch der Mehrheit des Kabinetts einschließlich des Finanzministers nicht weiter zu verfolgen. Der leichte Punkt des Programms bringt insofern etwas Neues, als er offen zugibt, daß in der Frage der Reform der bayerischen Verfassung zwischen den drei Parteien augendlich keine Übereinstimmung erzielt werden kann. Übereinstimmung besteht nur insoweit, daß eine Erleichterung der Vorschüsse des § 92 der Verfassungsurkunde zum mindesten im Sinne der entsprechenden Vorschriften der Reichsverfassung anzustreben ist. Es handelt sich hierbei darum, eine Erleichterung von Verfassungsänderungen dadurch zu schaffen, daß es genügt, wenn bei der Abstimmung zweier Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtages anwesend sind und von diesen wiederum zwei Drittel dafür stimmen. Nach der jüngsten Verfassung müssen sich bei Verfassungsänderungen grundsätzlich zwei Drittel der Mitglieder des gesamten Landtages dafür aussprechen. Es ist bemerkenswert, daß die viel weiter gehenden Verfassungswünsche der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen auf Schaffung eines Staatspräsidenten einer zweiten Kammer in dem Programm keine Berücksichtigung gefunden haben. Solange also die Koalition mit dem Bauernbund besteht, bleibt Bayern voraussichtlich von der Auseinandersetzung dieser Frage verschont.

## Die aufrichtigen deutschen Männer geloben Besserung.

Wie der Amtliche Preußische Presse-dienst mitteilt, sind vom Verlag der Deutschen Zeitung die Herren Geheimrat Fries und Dr. K. mit beim Minister Seizing erschienen und haben dort folgende Erklärung abgegeben:

"Alle für die Leitung der 'Deutschen Zeitung' maßgebenden Personen stehen auf dem Standpunkt, daß ein Putsch oder andre gewalttätige Handlungen zu verwerfen sind, und die 'Deutsche Zeitung' hat demgemäß in den Fällen, in denen solche Stützen des bestehenden Zustandes vorkommen, ihre Haltung eingetretet. Diesen Standpunkt wird die 'Deutsche Zeitung' auch weiterhin vertreten und bemüht sein, alle Neuerungen zu verhindern, die als Anreiz zu Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art gedeutet werden und wirken könnten."

Daraufhin wurde vom Minister des Innern eröffnet, daß auf Grund dieser Erklärung das Verbot der Deutschen Zeitung derart abgefeiert werde, daß sie am Sonntag, den 6. Juli, wieder erscheinen könne.

Werden diese Urteile halten ihr Geschenk halten?

## Was der Befrei?

Wir haben vor einigen Tagen die Notiz aus dem Börsenblatt übernommen, wonin gefragt wird, ob der Baltikumer Gott Präsident des "Luftfahrtclubs" und in dieser Eigenschaft 23000 M. Lantien von den Sammlungen eingestellt habe, indem die hinterbliebenen der Luftfahrer nichts erhalten hätten. Darauf haben die Baltikumschen Verbände jetzt den T. U. eine wütende Philippata zugesandt, die wie offenbar vom Baltikumer stammt. Darin wird jedem fürchterlichen Klage angedroht, der die Verleumdung nicht mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknimmt. Nur hat der Polterer in seinem Jornal übersehen, daß es sich um keine Behauptung sondern um eine Frage handelt. Das einzige lachliche in dem Schreiben besteht in der Mitteilung, er sei niemals Präsident des "Luftfahrtclubs" gewesen, sondern früher ein "entfernter Befreier" von ihm, Georg von der Gott, der „die betrüffenden Behauptungen als teidende Verdrehungen nachweisen wird“. Eigentlich ist es, daß dieser "entfernte Befreier" das nicht gleich mit der Entzündungsspitze seines großen Befreiers getan hat. Na, warten wir ab.

Berichtigung. In dem Artikel: Urteil im thüringischen Tendenzprozeß der gestrigen Nummer muß der Name des preußischen Ministerialrates richtig lauten Dr. Brand statt Band und in der dritten Spalte auf der zweiten Seite Zeile 38: Eine Klasse aber statt eine Klasse.

## Italiens Auslandspolitik.

(Von unserem italienischen Berichterstatter.)

Genua, Anfang Juli.

Daß der neue italienische Staatsmann hier irgend etwas geleistet habe, was auch nur über die goldene Mittelmäßigkeit herausginge, werden wohl selbst seine glühendsten Bewunderer nicht behaupten wollen. Allerdings soll gern zugegeben werden, daß es bei der gegenwärtigen Lage Europas selbst für einen Giganten (und nicht nur für einen kleinen faschistischen Führer) schwer oder unmöglich gewesen wäre, eine entschiedener Politik zu führen. Denn hinter der schönen Gebräde muß auch die Macht, sich durchzusetzen, stecken; und für einen verhältnismäßig kleinen Staat ist das nicht so leicht.

Was nun Herrn Mussolinis Verhalten angeht, so kann man es mit zwei Worten kennzeichnen: mit einem fremdwort: imperialistisch; und mit einem gut deutschen Worte: dummkopf.

Der Beweis, daß seine ganze Auffassung recht dummkopf war und daß es ihm an der selbst für einen Staatsmann doch immerhin nötigen Umsicht fehlt, geht kipp und klar aus seinem Benehmen gegenüber Poincaré hervor, als dieser sich seinerzeit anschickte, die Ruhr zu besetzen. Während England sich, wie jedermann weiß, durchaus gegen eine Politik der Abenteuer ausprägte, hatte Herr Mussolini nichts Angelegentlicheres zu tun, als seinem Vertreter im Rate der Weisen in Paris in dem Sinne Anweisungen zu erteilen, daß er Poincarés Politik in jeder Hinsicht zu unterstützen habe. So kam es, daß zwar viele in Deutschland heute schon vergessen zu haben scheinen Poincaré gegen die Stimme Englands, aber im Einverständnis mit Italien seinen Krieg beginnen konnte.

Man wird sich auch noch erinnern, daß Mussolini den Pointischen Truppen jene berühmte Ingenieur-Kommission beigestellte, die allerdings eine recht lästige Rolle spielen sollte und die dann schamhaftweise später totgeschwiegen wurde.

Wor diesses Verhalten selbst im Interesse Italiens dumm bzw. verbrecherisch, so wird man auch die andern Staaten gegenüber eingeschlagene Politik nicht preisen können. Eine Regierung, die in nationalistischen Vorurteilen besangen ist, kann natürlich keine gesunde Politik treiben. Was dabei herauskommt, haben wir bei dem Konflikt mit Griechenland gesehen, wo Herr Mussolini mit großem Tamtam, ohne sich um Böllerband, europäische öffentliche Meinung und was es sonst noch schönes gibt, zu kümmern, vorging. Ein harmloses Bombardement im tiefsten Frieden, sofortige Ausweitung verschiedener griechischer Journalisten aus Rom und andre Kleinigkeiten. Herrlichen Zeiten führt ich euch entgegen!

Seitdem geht es etwas friedlicher im Außenministerium zu; denn Herr Mussolini hat doch bemerkt, daß allzu scharf schärfend macht und daß man sich dem Auslande gegenüber nicht dieselben Gesten erlauben darf, die im Inlande so beliebt sind. Deswegen hat er sich auf eine schöne alte Sitte beonnen und ist auf die hübsche Geslogenheit zurückgekommen, die noch nie etwas geschadet hat: auf die Aundreisepolitik.

Zuerst hatten wir das Vergnügen, in unsrer Hauptstadt den König von Spanien begrüßen zu dürfen, dessen Mittelmäßigkeit wohl nur von der seines Generals und ersten Ministers, des Herrn de Rivera, übertroffen wird. Es war auch nur folgerichtig, daß der Schiller des Faschismus seinem großen Lehrer Neveren erwies, und die Aufnahme, die das italienische Königs paar in den meisten italienischen Zeitungen fand, war die "herzlichste". Ob Mussolini sehr wohl war, als de Rivera ihm das entwidete, was er sein Programm nannte? Schwerlich; denn kein Mensch sieht seine Karikatur.

Der Besuch des spanischen Königs paars wurde unlängst erwidert, und die Aufnahme war auch drüber die herzlichste. Das ganze hat selbstdredend nicht die geringste Bedeutung. Auch diejenigen unter den italienischen Politikern, die sich von dem Zusammenarbeiten mit Spanien etwas versprochen hatten, haben diese Gedanken längst aufgegeben, denn Spanien ist wirtschaftlich und kulturell noch viel weiter zurück als das heutige Italien; ein greifbarer Nutzen kann aus einer Interessengemeinschaft schwerlich entstehen.

Bevor Victor Emanuel nach dem Lande Don Quichotes ging, hatte er in England geweist, um mit dem dortigen Monarchen einige Trinksprüche auszutauschen. Selbstdredend war auch dort die Aufnahme sehr nett; obgleich sich schwerlich denken läßt, daß eine Regierung Macdonald für das faschistische Italien allzuviel überlief haben kann.

Mit Frankreich sind die Beziehungen im ganzen gut. Der Deutsche, der für ein paar Wochen nach Italien kommt und Gelegenheit hat, sich mit Italienern zu unterhalten, gewinnt allerdings meist den Eindruck, daß eine große Abneigung gegen Frankreich besteht und daß Italien vielleicht gar Führer für Deutschland im Busen habe. Weit gefehlt! Sicherlich sprechen die Italiener gern schlecht von dem Schwestervolke, aber es ist doch im großen und ganzen wie bei einem Familienzweck: man zaunt sich, aber innerlich hält man doch zusammen. Auch hängt Italien in gewisser Weise von Frankreich ab, das stets Zehntausenden von italienischen Arbeitern Beschäftigung gewährt, weil es selbst nicht genug Menschen habe und hat. Schon aus diesem Grunde muß man etwas Rücksicht nehmen. Gewiß sind auch Gegenseite vorhanden, wie seinerzeit die Präsidentenwahl in Mexiko die Präsidentenwahl statt. Telegramme besagen, daß die Wahl im ganzen Lande ungewöhnlich ruhig verlaufen ist. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Ein vereiterter Unschlag. Danzig. Nach Blättermeldungen wurde gestern ein Anschlag auf das Munitionslager in der Vorstadt Janowskie vereitelt. Um 8 Uhr morgens keiste ein Arbeiter, der später als entlassener Sergeant festgestellt wurde, einen Explosionsapparat an einer Pulverkammer an, der auf 4 Uhr nachmittags eingesetzt war. Dies wurde von einem anderen Arbeiter bemerkt, der die Polizei benachrichtigte. Der Attentäter wurde verhaftet.

Spanischer Sieg in Marokko? Nach einer offiziellen Mitteilung aus Madrid haben die spanischen Truppen in der westlichen Marokkozone nach einem glänzenden Bajonetttantritt die Gegner aus der Stellung bei Kobbadarla vertrieben und ihm schwere Verluste beigebracht.

Madrid. Die Regierung hat eine weitgehende Amnestie hauptsächlich für politische und militärische und Pressevergehen erlassen.

wendig sei, werde auch für den sozialistischen Abgeordneten Turati ein Begräbnis erster Klasse besorgt werden.

## Scheinreform.

WTB. Rom, 7. Juli. Wie der Messaggero wissen will, soll die "Reform" der nationalen Miliz in folgenden Punkten bestehen: 1. Der Treueid soll der gleiche sein wie beim Heere. 2. Der nationale Miliz soll die Ausbildung der Jugendwehen übertragen werden. 3. Sie soll sich zum Teil selbst aus Reserveformationen bilden, die rasch mobilisierbar und verwendbar sind. Schließlich sollen die Offiziersgrades der Miliz neu durchgesetzt werden, und zwar hauptsächlich mit Rücksicht auf den Rang, den die jeweiligen Militäroffiziere früher im Heere hatten. Der letzte Punkt ist der frustigste; denn es gibt in der Miliz Generale, die im Heere nur Leutnant oder Hauptmann gewesen sind.

Die Zeitungen Mondo und Settem bilden sich über die angeblichen Rüstungen faschistischer Kreise. Beide Blätter betonen, daß die Nationalmiliz nicht vorchristlich ihre Waffen abliefern, und daß Anhänger der Partei im geheimen Waffenhandlungen erheben. Die Blätter fordern daher die zuständigen Minister auf, sich hierüber zu äußern. Sogar die faschistische Presse tritt jetzt energetisch dafür ein, daß General de Bono von seinem Oberkommando in der Nationalmiliz entbunden werde.

SPD. Rom, 8. Juli. Der Ministerrat hat das Edikt zur Anebung der Presse in Kraft gesetzt. Danach muß der verantwortliche Redakteur einer Zeitung, deren Director oder ein anderer leitender Redakteur sein. Wer zweimal wegen Pressevergehen bestraft ist, kann nicht mehr Redakteur sein. Der Präfekt hat das Recht, den verantwortlichen Redakteur abzuhauen und die Bestrafung eines neuen zu verfügen, wenn die betreffende Zeitung im Laufe der letzten zwei Jahre zweimal Strafen erlitten hat. Der Präfekt kann außerdem die strafrechtliche Verfolgung verlangen, wenn falsche oder tendenziöse Meldungen veröffentlicht werden, oder die Bevölkerung durch alarmierende Nachrichten beeindruckt wird. Auch wer die italienischen Interessen, oder die Interessen des Staates schädigt, kann verfolgt werden. Damit hat Mussolini der Presse den Sack umgelegt, den er nach Guldunken jederzeit zu ziehen kann.

III. Rom, 7. Juli. Die unitarisch-sozialistische Partei hat einen Preis von 25 000 lire für die Auffindung der Leiche Matteottis ausgeschrieben.

III. Rom, 8. Juli. Mussolini und der Gesandte der tschechoslowakischen Republik in Rom haben den Pakt der friedlichen Mitarbeiter zwischen der Tschechoslowakei und Italien unterzeichnet. Der Pakt soll demnächst bei dem Böllerband registriert und dann veröffentlicht werden.

## Die Wahl der Präsidentschaftskandidaten.

### Der 92. Wahlgang.

III. Neugart, 9. Juli. Im 92. Wahlgange erhielten im demokratischen Konvent Smith 355, Mac Nair 310; Ralston 196 Stimmen.

III. Cleveland, 9. Juli. Der Konvent der Sozialisten hat den Senator Davis zum Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt. Davis wird als Kandidat der Sozialisten und der Fortschrittskämpfer auftreten.

WTB. Washington, 8. Juli. Der sechzehnjährige Sohn des Präsidenten Coolidge ist an der Blutvergiftung, die er sich beim Tennis-Spiel durch eine Verletzung zugezogen hatte, gestorben.

## Kleine Nachrichten.

Präsidentenwahl in Mexiko. Am Sonntag stand in Mexiko die Präsidentenwahl statt. Telegramme besagen, daß die Wahl im ganzen Lande ungewöhnlich ruhig verlaufen ist. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Ein vereiterter Unschlag. Danzig. Nach Blättermeldungen wurde gestern ein Anschlag auf das Munitionslager in der Vorstadt Janowskie vereitelt. Um 8 Uhr morgens keiste ein Arbeiter, der später als entlassener Sergeant festgestellt wurde, einen Explosionsapparat an einer Pulverkammer an, der auf 4 Uhr nachmittags eingesetzt war. Dies wurde von einem anderen Arbeiter bemerkt, der die Polizei benachrichtigte. Der Attentäter wurde verhaftet.

Spanischer Sieg in Marokko? Nach einer offiziellen Mitteilung aus Madrid haben die spanischen Truppen in der westlichen Marokkozone nach einem glänzenden Bajonetttantritt die Gegner aus der Stellung bei Kobbadarla vertrieben und ihm schwere Verluste beigebracht.

Madrid. Die Regierung hat eine weitgehende Amnestie hauptsächlich für politische und militärische und Pressevergehen erlassen.

## Bon Nah und Fern.

Anglia bei einem Straßenrennen.

WTB. Sol, 8. Juli. Die Leichtmotorenmannschaft der Elsterwerde in Molau beteiligte sich am Sonntag bei dem Rodelbergrennen bei Kronach in Bayern. Der Elsterwerder Gottschall Bacmann aus Möhlendorf bei Orts ist kurz vor Kronach in ein unbekleidetes Schengeschirr gefallen, wobei ihm die Decke des Wagens in den Unterleib drang. Schwerverletzt wurde er in das Krankenhaus Kronach und später nach Erlangen gebracht. Dort ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

Poßling Berlin-Angora.

WTB. Berlin, 8. Juli. Das am vorigen Sonnabend zum einzigen Flugtag von Berlin nach Konstantinopel und Angora gefahrene Junkers-Jugend V 418 ist mit einer Zwischenlandung in Budapest nach 18 Stunden Flug Sonntag früh in Konstantinopel gelandet und hat am gleichen Tage den Weiterflug nach Angora angestrebt. Die Strecke Berlin-Angora dürfte somit in 27 Stunden zurückgelegt werden sein.

Tödlicher Absturz in den Bergen.

WTB. Salzburg, 8. Juli. Drei deutsche Touristen, und zwar der Professor Kliez aus Leipzig, der mit seiner Mutter in Berchtesgaden auf Urlaub weilt, sowie der Tiroler Pfarrer und der Soldat Rast sind von der Dölliplatte tödlich abgestürzt. Die beiden wurden unter großer Schwierigkeit geborgen.

Eine新的 schweres Automobilunglüx.

WTB. Bayreuth, 8. Juli. Bei der Haltestelle Röhrensee der Lokalbahn Bayreuth-Thurnau ereignete sich gestern abend gegen 9 Uhr ein entsetzliches Unglüx. Ein Wietzanto fuhr in voller Fahrt über den schrankenkosten Bahnhübergang in einen herannahenden Personenzug hinein. Von den sechs Insassen wurden zwei Damen und zwei Herren sofort getötet und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Das Unglüx soll dadurch entstanden sein, daß der Chauffeur im letzten Augenblick noch bremsen wollte, statt mit Vollgas weiterzufahren, um noch vor dem Zuge den Bahndamm überqueren zu können.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Liebmann in Leipzig

Verantwortlich für den Literaturteil:

Hugo Schopf in Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'  
Wirst du los durch Lebewohl!

in Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

# Saison- Fofiehs Ausverkauf

Nur einige  
besonders vorleßhafte

## Beispiele:

Auch die billigsten  
Waren sind gut und  
haltbar.

## Damenkleidung

Blusen aus Zephir, hemdform...	195
Blusen a. Volvoile, mit lg. Armel	295
Röcke aus Tissé, in mod. Mustern	395
Röcke a. welches Chetot, Wickelform	750
Kleider aus gemustertem Voile ..	650
Kleider a. prima Tissé, in aparten Streifen ..	750
Mäntel a. Donegal, mod. Formen	975
Mäntel aus Cotoncoat, reich mit Biesengarnierung ..	1575

## Damenwäsche

Eigenes Fabrikat	
Unterhosen m. Trägern, Rückenschluß, gute Verarbeitung ..	0.65
Taghemden mit Trägern, gute Qualität ..	110
Beinkleider, Knieform, zu obigem hemd passend ..	0.95
Hemdhosn. mit Trägern ..	275

## Unsere überwältigend billigen Preise

haben weit über Leipzig hinaus großes Aufsehen erregt und sind in allen Kreisen **Tagesgespräch geworden.**

Prüfen Sie Preise und Qualitäten! Unterlassen Sie es,  
**so schädigen Sie sich selbst!**

Unsere billigen Ausverkaufspreise bleiben weiter bestehen. Dieselben sind bis

## 50 Prozent und mehr

herabgesetzt. Wir weisen wiederholt darauf hin, daß wir

## nur Qualitätsware führen,

und daß wir es nach wie vor ablehnen, durch das Anbieben von geringwertigen Qualitäten eine scheinbare Billigkeit vorzutäuschen.

## Kleiderstoffe

Tissé, fadellose Qualität, moderne Muster, ca. 100 cm br., Meter 2.10, 1.80, Voile, bedruckt, für Kleider und Blusen, hell- und dunkelgrundig ... Meter 1.90, 1.65, Gabardine, reine Wolle, 130 cm breit ... Meter

120	Hemdentuch .....	Meter 0.55
125	Rohnessel, circa 80 cm br., Meter	0.55
375	Gäschentücher für Damen und Herren .....	Stück 0.18
375	Damen-Gäschentücher mit gestickten Buchstaben .....	Stück 0.25

## Baumwollwaren

120	Hemdentuch .....	Meter 0.55
125	Rohnessel, circa 80 cm br., Meter	0.55
375	Gäschentücher für Damen und Herren .....	Stück 0.18
375	Damen-Gäschentücher mit gestickten Buchstaben .....	Stück 0.25

## Ein Schlager ohne Gleichen

Gabardine imprägniert, 140 cm breit, reine Wolle, in den richtigen Farben, für Damen- u. Herren-Mäntel, Meter 780

Nur einige besonders vorleßhafte

## Beispiele:

Auch die billigsten Waren sind gut u. haltbar.

## Herrenkleidung

Sportshosen, viele Stoffarten, mit doppeltem Sig .....	12.-, 9.-	550
Windjacken aus Tissstoff und Schifflinen .....	14.75	1250
Sakkos-Anzüge, nur solide Stoffe, gute Verarbeitung .....	38.-, 28.-	1700
Gabardine-Mäntel, imprägn., in Schürpfere u. moderner, langer Form .....	38.-	3200

## Herren-Artikel

Sport-Serviteurs mit festem Kragen, weiß, einfarbig und gestreift ..	0.75	
Herren-Hüte a. gutes Material .....	4.50, 2.50	150
Herren-Nachthemden aus seifäsigem Hemdentuch, mit Kragen oder Getshaform .....	575	
Herren-Oberhemden aus prima Tissal, mit untersüßter Brust und 2 Kragen .....	6.50	450

## Strümpfe • Trikotagen

Herrensocken, Baumwolle, schwarz und farbig .....	Paar -65, 0.45	
Einsatzhemden mit Torkaleinsäcken, alle Größen .....	175	
Damenstrümpfe, Kunstseide, schwarz, Doppelschleife, hochjerse ..	Paar 0.95	
Strandjäckchen, reine Wolle, in vielen Farben .....	600	

— Gegründet 1771 —

# Brunnenfaase

## Natürliche Heiß- und Tafelwässer, Bäder, Badesalze

Fernsprecher 10117

Leipzig  
Moritzstraße 10

Fernsprecher 22763

## MARIONETTEN THEATER

Hauptrestaurant Mößplatz.  
Dir. Fam. Al. Wünsch / Fernruf 13493.

Heute abend 8 Uhr:

## Die tolle Woche!

Der Narrensepp.

Tolle Bauernkomödie

Hierauf: Marionetten-Varieté.

Mittw. bis mit Sonnab. nachm. 4 Uhr:

## Frau Holle

Hierauf: Varieté

## Dr. med. Bretschneider

vora. Arzt, Q. Bl. Karl-Heine-Str. 30

von der Reise zurück.

## Frauen!

Sachverständigen Rat ertheilt täglich, auch

auswärts. Menstruationsmittel, alle Frauen-

artikel streng reell n. b. Gen. M. Thees.

Leipzig-Niz., Wigandstraße 52.

## Battenberg-Theater

Direktion: Paul Baumgarten

Täglich abends 8 Uhr:

Gastspiel: Berliner Operettenshaus

Der Riesen-Operetten-Erfolg

## Das Radio-Mädel

Vorverk.: Tagesskasse 10-2 Uhr u. Zigarren-

Geschäft F. Günther, Markt 10 (Tel. 15 857)

## 3 Linden

Täglich abends 8 Uhr:

## Der Varietéspielplan von heute

u. a.

## Ein russisches Dorffest

18 bekannte russische Künstler 18

Sommerpreise, Tel. 43543/43856

## Zähne

fünftliche v. 2 Mt. an

## Gänge Gebisse

Kronen- u. Brücken-

arb., jetzt im Mundbe-

bau, bei billiger Berech-

nung. Persönliche Behandlung

Bloomen v. 2 Mt. an

## Blumen

Kronen- u. Brücken-

arb., jetzt im Mundbe-

bau, bei billiger Berech-

nung. Persönliche Behandlung

# LUNA-PARK

Dir. Ferry Rosen am Auensee Tel. 50881 u. 51306

Heute I. Elite-Tag!

8 Uhr abends:

## Des Luftkönigs Cliff Aeros' Absprung

vom 24½ Meter hohen schwankenden Mast (8 Etagen)

10 Uhr abends:

## Brillant-Feuerwerk

mit Feuerrad-Absprung in den Auensee!

Vorgeläufig von Ernst Lehnert — Im großen Festsaal:

## Der beliebte Mittwochs-Ball

mit beiden Jazzband-Kapellen des Luna-Parks

Tägl. ab 1/2 4 Uhr: Coloured five american Jazz-Band!

Park-Eintritt 20,- Kinder 10,- Ball-Eintritt 50,-

Straßenbahn 17, 18, 10, Außenbahn bis Rathaus Wahren

## Hestler L.-Vo.

Weit unter Preis

## Wachstüche

(Rüschenstoff) in Qual.

60x100, 1.20-1.68,-

## Zimtbeden

hell.

3.00-6.20,-

## Leberküchlein

Umf. 10x10, 1.20,-

## Linoleum

Edel-, Xylo

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. Juli.

SPD. Groß-Leipzig.

Wo rust die Pflicht?

## Parteiangelegenheiten.

Der neu gewählte Bezirksvorstand hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Genosse Richard Lipinski, Markt Ottendorf, Post Wurzen. 2. Vorsitzender: Genosse Friedrich Nitschern, Leipzig-Thonberg, Südtiroler Straße 18, II (Leipziger Volkszeitung Tel. 24 500). Für den Landesarbeitsausschuss wurden als Vertreter des Bezirksvorstandes die Genossen R. Lipinski und Franz Lorius bestimmt.

Leipzig, den 8. Juli 1924.

Der Bezirksvorstand der SPD für den Bezirk Leipzig.

## Funktionärs.

Wohlbezirk und äußerer Westbezirk. Freitag, den 11. Juli, abends 18 Uhr, wichtige Sitzung im Gosenhölschen, L. Plagwitz, Elisabeth-Ullee.

## Frauen.

Die Mädels der Sozialistischen Arbeiter-Jugend veranstalten am Sonntag, dem 13. Juli, im Volkshaus, Leipzig, Kartellsaal, eine Zusammenkunft und beschäftigen sich mit Mädelsfragen in der Jugendbewegung. Unsere tätigen Genossinnen, die Interesse an der Förderung der Mädelsarbeit haben, können an dieser Zusammenkunft teilnehmen. Beginn der Zusammenkunft vormittags 9 Uhr.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Bezirk Westsachsen.

## Frauenagitationskommission.

Lößnig. Die Besichtigung des Waisenhauses ist nicht Sonntag nachmittag, sondern morgen Donnerstag — nachmittag 3 Uhr. Treffen 13 Uhr an der Brücke.

## Jungsozialisten.

Donnerstag, 18 Uhr, im Helm Legebund. — Beginn der Proben für Sachentreffen. Instrumente, Biedermeier.

Politische Gruppe. Wir nehmen am Voritag Drisch über Völkerbundfragen teil. (Freitag, 8 Uhr, Hörsaal 40 der Universität.)

## Jugend.

Mädelskonferenz. Die beschlossene Mädelskonferenz findet bestimmt am Sonntag, dem 13. Juli, statt. Als Tagungsort mußte Stelle Wiederauf der Kartellsaal im Volkshaus, Leipzig, genommen werden. Die Konferenz beginnt vormittags 9 Uhr. Es sind wichtige Referate vorgesehen. Jede Gruppe muß durch mindestens eine Genossin vertreten sein. Die Auslagen werden von den Gruppen getragen. Mädel zahlt, daß auch ihr arbeiten können.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Bezirk Westsachsen.

## Arbeiterbildungsinstitut.

Gewerkschaftsstreife heute 7 Uhr Weißbach, Hauptrestaurant. Radiosendung mit Vortrag heute ab 5 Uhr. Wer seine selbstgefertigten Apparate mitzustellen will, beeile sich mit der Ablieferung im W.B.

## Kinderfreunde.

Kinderchor. Ost und Südost Donnerstag 18 Uhr, im Löwenpark, Stötteritz, zur Mitwirkung. Freitag Singstunde in der Schule. Alle kommen.

Kinderchor Osten. Am Donnerstag treffen wir uns pünktlich 14 Uhr, am Stephaniplatz. Alle müssen kommen.

## Bibliothek.

Siliz. Alle bis Ende Mai entliehenen Bücher sind bis zum 15. d. M. restlos abzugeben. Wir bitten diese Polizei zu beachten. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Montag und Donnerstag, abends von 6—7 Uhr.

Görlitz. Die Bibliothek bleibt vom 15. Juli bis mit 19. August wegen Revision geschlossen. Sämtliche ausgeliehenen Bücher müssen bis Sonnabend, den 12. Juli zurückgegeben sein.

Die Bibliotheksverwaltung. Ernst Boeler, Obmann.

## Mitglieder-Veranstaltungen.

Niebertswitz. Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, in der Schule Elternversammlung. Vortrag über Berufsbildung. Zahlreiche Erscheinen erwünscht.

## Der Elternrat.

Stötteritz. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, im Löwenpark. Schülervortrag des W.B. Ref. Gen. Gust. Henning, Gera. Eintrittskarten à 30 Pf. in der Filiale der Leipziger Volkszeitung und an der Kasse noch zu haben.

Nach Schluss kurze Besprechung des Vorstandes.

## Neue Bestimmungen über das Wohnungswesen in Leipzig.

Der Rat der Stadt Leipzig hat unter 5. Juli folgende Verordnung erlassen: Auf Grund von § 11 der Landesverordnung über Wohnnahmen gegen Wohnungsmangel vom 26. Oktober 1923 wird mit ministerieller Ermächtigung zu dieser Verordnung fürt die Stadtgemeinde Leipzig noch folgendes bestimmt: § 1 (zu § 11 der Landesverordnung): Die erforderliche Zustimmung ist in jedem Falle vom Vermieterberechtigten beim Wohnungspflegamt, Neues Rathaus, schriftlich zu beantragen; sie wird nur schriftlich erteilt. Wohnräume, die nach dem 1. Oktober 1914, aber noch vor dem 23. 9. 18, zu andern als Wohnzwecken eingerichtet oder verwendet worden sind, können solange zu diesem Zweck verwendet werden, als kein Wechsel des Inhabers eintritt. Sind Wohnräume nach dem 23. 9. 18 ohne Genehmigung des Wohnungspflegamtes in Geschäftszweck umgewandelt worden, so sind sie auf Anordnen des Wohnungspflegamtes wieder als Wohnung einzurichten. Im Weigerungsfall kann zwangsläufig Räumung verfügt werden. § 2 (zu § 2 Abs. 1a der Landesverordnung): Die Anzeige ist binnen 3 Tagen vom Hausbesitzer, dessen Stellvertreter oder sonstigen Vermieterberechtigten schriftlich zu erläutern und zwar wegen der Wohnräume beim Wohnungsnachweis, Rudolphstraße 2, unter Verwendung der dort zu entnehmenden Begriffe und wegen der übrigen Räume beim Wohnungspflegamt, Abt. Wohnungsaufsicht, Rathausring 7, I. Obergeschoss. § 3 (zu § 15 der Landesverordnung): Die Bestimmungen des § 15 der Landesverordnung gelten auch für Wohnräume, die mit Geschäftsräumen verbunden sind. Hausbesitzer oder Hausinhaber dürfen ohne die behördliche Genehmigung Wohnräume in ihren eigenen Grundstücken ebenfalls nicht beziehen oder in Gebrauch nehmen. Es ist auch verboten, einen neuen Mieter in einem bestehenden Mietvertrag einzutragen zu lassen oder einen neuen Mieter oder einen bisherigen Untermieter eine Wohnung ganz oder teilweise zu überlassen, auch wenn dabei vereinbart wird, daß der neue Mieter nur Untermieter sein soll. Auch zur Vermietung, Überlassung oder Ingebrauchsnahme von möblierten und unselbständigen leeren Zimmern ist die Zustimmung des Wohnungsnachweises nötig. Ausgenommen ist nur die Vermietung oder Überlassung eines einzelnen möblierten oder leerstehenden Zimmers an eine alleinstehende Person, wenn diese nicht Ausländer ist, es sei denn, daß das Zimmer auf Grund von § 4 der Landesverordnung oder im Wege der Zivileinquartierung beschlaghaft worden ist.

Die Zustimmung des Rates ist durch den Hauswirt oder den sonstigen Vermieter im städtischen Wohnungsnachweis, Rudolphstraße 2, einzuholen. Sie wird stets schriftlich und nur dem Hauswirt oder dem Vermieter erteilt. Eine Vermietung ohne die vorherige Zustimmung des Rates ist unwirksam, so daß der Rat zur anderweitigen Verfügung über die Wohnung berechtigt ist. Wird die Zustimmung zur Vermietung erteilt, so erhält außerdem

der neue Mieter eine schriftliche Erlaubnis zum Beziehen der Wohnung. Wohnungen oder Wohnräume, die ohne diese schriftliche Erlaubnis bezogen worden sind, sind auf Verlangen des Rates wieder zu räumen. Weigert sich der Mieter, dies freiwillig zu tun, so erfolgt zwangsläufig Räumung durch den Rat. Hat ein Vermieter es unterlassen, die vorherige Zustimmung des Rates zum Beziehen von Untermieträumen einzuholen, so kann der Rat auch nachträglich die Zustimmung erteilen, und zwar auch dann, wenn der Vermieter das Mietverhältnis kündigt will oder gekündigt hat und den Untermieter kein Verhältnis daran trifft, daß die Zustimmung des Rates seiner Zeit nicht eingeholt worden ist. § 4 (zu § 26 der Landesverordnung): Als Eingriff gelten nicht die Anzeige und Auskunftsplikte, sowie die Bildung der Beschlagnahme nach § 2 und 3 der Landesverordnung. § 5 (zu § 30 der Landesverordnung): Die Kosten der Zwangsnachnahme fallen dem zur Last, der den auf Grund der Landesverordnung oder dieser Bekanntmachung erlassenen Verfügungen nicht nachkommt. Die Kosten werden gemäß den Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung wegen Geldleistungen in Verwaltungssachen beigetrieben. § 6 (zu § 32 der Landesverordnung): Juwilerhandlungen gegen diese Ausführungsbestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Goldmark oder mit Haft bis zu 2 Wochen bestraft. § 7 (zu § 33 der Landesverordnung): Wer in Neubauten, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel errichtet worden sind, eine Wohnung bezogen hat und diese wieder aufgibt, hat nur nach Maßgabe des § 18 der Landesverordnung vom 26. 10. 21 Anspruch auf eine andere eigene Wohnung. § 8. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Die Ratsbekanntmachung vom 16. 8. 21 wird dadurch unwirksam.

## Die hohe Miete in Sachsen.

In Sachsen müssen 65 Prozent der Friedensmiete bezahlt werden. In Berlin werden 60 Prozent entrichtet. Dort hat man also den Hausbesitzern die drei Prozent nicht bewilligt, die man ihnen in Sachsen zugestanden hat. In Bayreuth ist die Miete im Tuft überhaupt nicht erhöht worden. Und in Aue ist die gesetzliche Miete auf 55 Prozent der Friedensmiete festgelegt. In Sachsen haben wir deshalb eine so hohe Miete, weil der bürgerliche Finanzminister den Besitzenden auf dem Gebiete des Steuerzahlers in welchem Maße entgegenkommt und dafür die Miete um so höher heranzieht. Wann wird die Mehrheit des Landtags den Mut finden, diesem ungerechten System ein Ende zu bereiten?

## Herabsetzung des Gaspreises.

Wie auf früheren Jahrestagversammlungen der deutschen Gasfachmänner, so war auch dieser Tage in Nürnberg der Gaspreis ein Punkt der Erörterung, und gerade in heutiger Zeit spielt die Höhe des Gaspreises nicht nur für die Gaswerke, sondern auch für das verbrauchende Publikum eine große Rolle. Daß der Gasabschneiter an einer Herabsetzung des Gaspreises gelegen ist, ist natürlich. Aber — und das kam in Nürnberg klar zum Ausdruck — eine Herabsetzung des Gaspreises ist auch im Interesse der Rentabilität der Gaswerke, so daß sich in dieser Hinsicht die rein wirtschaftlichen Interessen der Betriebe mit den sozialen Erfordernissen der Allgemeinheit decken.

Besonders schlagend sind für die Berechtigung einer Herabsetzung des Gaspreises die Erfahrungen, die Stuttgart gemacht hat und über die der Stuttgarter Direktor Goehrum in Nürnberg berichtete. Er verlangte für die Gaswerke, durch geringen Gaspreis den Verbrauch zu steigern und dadurch die Produktion zu verbilligen. In Stuttgart hat man danach gehandelt. Man hat den Preis für das Kubikmeter Gas auf 14 Pfennig festgelegt. Dadurch hat sich der Verbrauch außerordentlich gehoben. Die Stabilisierung der Markt und eine gerechte Werbung haben vielleicht etwas zu dem Erfolg beigetragen. Jedenfalls besteht die Tatsache, daß einem Verbrauch von 30 Millionen Kubikmeter, mit dem man Ende September für das Jahr rechnete, heute eine Jahresverbrauchsveränderung von 50 Millionen Kubikmeter gegenübersteht. Und dabei ergab die Stadt einen Überschuß, eben wegen des hohen Verbrauchs zu billigen Preise.

Es ist darum richtig, statt durch hohe Gaspreise durch technische Gestaltung der Werke die Rentabilität zu erhöhen. Das Gas- und Wasserjahr brachte für die Gaswerke eine Aufstellung über die Erhöhung der Produktion durch technische Neuerungen. Während der Gasjahr 1924 180 Kubikmeter Gas erzeugte, brachte er 1925 bereits 420 Kubikmeter und 1926 4800 Kubikmeter. Die gleiche günstige Entwicklung zeigte sich für Feuerung, Arbeitsleichter usw., hervorgerufen durch die technische Entwicklung der Werke.

Eine solche Preispolitik, wie sie Stuttgart durchführt, verdient über auch über die lokale Bedeutung hinaus Beachtung. Durch solches aus der Riedelskopf des Gaspreises sich ergebenden Massenverbrauch wird — auch das kam auf der Nürnberger Tagung zum Ausdruck — die unwirtschaftliche Verwendung teurer Brennstoffe verringert. Die Gaswerke treiben damit eine volkswirtschaftlich bedeutsame Preispolitik, und es wäre darum nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn die Ideen von Nürnberg überall Verwirklichung finden.

## Der Verkauf wohltätiger Stiftungseinrichtungen.

Der Rat schreibt an den von uns veröffentlichten Behauptungen des Mieterbauverbands: „Über die Verkürzung von Gebrauchsgegenständen durch die Verwaltung der Stiftung zur Erbauung billiger Wohnungen in Leipzig“ haben die Feststellungen folgendes ergeben: Verkauft worden sind solche Einrichtungsgegenstände, die auf ablesbare Zeit keine Verwendung mehr sind und die baldigem Verberden ausgedehnt sind. Das trifft z. B. zu von Holzgeschäften die bei längerer Nichtbenutzung zusammenfallen und unbrauchbar werden, oder Wannen, die der Gefahr der Verrottung ausgesetzt waren, ebenso von Polster- und Wollwaren, die teilweise bereits von Motten angegriffen waren. Nicht zutreffend ist nach Auskunft der Stiftung verwaltung, daß die gesamte Badeeinrichtung verkauft worden sei. Auch ist bei der Veräußerung der Gegenstände darauf Rücksicht genommen worden, die keiner Bewohnung nicht völlig verloren gehen. So sind in bezug auf die Veräußerung dieser Gegenstände die von seitens der Mieter ausgedrohenen Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt worden. Von der Gelegenheit, das zum persönlichen Gebrauch der Mieter geeignete nutztausufen, ist denn auch Gebrauch gemacht worden. Die Angelegenheit ist in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Stiftungswartung mit den Mietervertretern am 30. Juni 1924 verhandelt worden. In dem Protokoll hierüber ist bemerkt: „Weiter wurde der Verkauf des Anstaltsmobiliars einer Befreiung unterstellt. Die Herren Mietervertreter glauben, daß bei einer Wiedereröffnung der Kindergarten die Anzahlung des Mobiliars der Stiftung Schwierigkeiten bereiten würde und es doch besser im Besitz der Stiftung verbleiben wäre. Hierzu wird von der Verwaltung die Erklärung abgenommen, daß an einer Eröffnung der Anstalten infolge der Höhe der Kostenzuschüsse — jährlich etwa 20000 Mark — und Verlustes des hierzu bestimmten Fonds nicht zu denken ist. Zu dem Bestande des Anstals gehört außer den Möbeln eine ganze Anzahl Bett- und Leinwänden. Um diese vor dem Verberden zu schützen, hat der Vorstand beschlossen, in einen Verkauf des Mobiliars zu willigen. Auch hierzu nahmen die Herren Mietervertreter Kenntnis.“

## An die Kriegsopfer.

Man schreibt uns: In den Wochen vor dem 4. Mai und am 4. Mai selbst wurden wir Kriegsopfer von ziemlich ein Viertel Hundert Parteien aufgesondert, ihnen unsre Stimme zu geben, damit sie ihre Vertreter in den Reichstag schicken könnten. Alle Parteien ohne Unterschied hatten für uns viele und grobe Versprechungen. Wie sieht es nun damit aus? Wer die Reichstagsberichte der vorherigen Woche gelesen hat, als „Soziale Fragen“ zur Beratung standen, wird gesunden haben, daß große Reden gehalten und schöne Worte

gesprochen worden sind, aber ein ernsthafter Versuch, die Mängel, die in der Versorgung der Kriegsopfer bestehen, zu befreiten, ist nicht gemacht worden. Die Rot ist aber groß. An die Reichsregierung, insbesondere an den Herrn Reichsarbeitsminister Brauns sowie an die Vertreter aller politischen Parteien, richten wir darum die Frage: „Denkt ihr an die Versprechungen, die uns, sowie vielen, die in letzter Ede ruhen, gegeben wurden, als wir hinauszogen, den deutschen Herd und das deutsche Vaterland zu schützen, insbesondere an die schönen Worte, die zur Phrasé geworden sind: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiss!“ Denkt ihr weiter daran, daß angehört der heiligen Verpflichtung der Kriegsopfer (Hunger, Armeefürsorge, Entlastung der Kriegerwitwen und Schwerkranken, Kriegsbeschädigten und andres mehr), der Dank des Vaterlandes immer noch auf sich wartet läßt? Denkt ihr weiter daran, daß es höchste Zeit wird, daß Unrecht und die Schmach, welche uns Kriegsopfern angelastet sind, gut zu machen? Wir erwarten von Reichstag und Reichsregierung, daß das bald geschieht. Nun alle Kriegsopfer aber, welche heute noch arbeitsfähig seien, ergeht die Aufrufserklärung: Organisiert euch, denn nur wachsame Organisationen können für euch das erreichen, was ihr fordert, allen anderen tuen wir zu: Gönnt euch, denn nur Eingetakt macht stark!

Hierzu haben wir zu bemerken, daß die sozialistische Fraktion des Reichstags sich sofort der Kriegsopfer angenommen hat. Von ihr sind eine Reihe Anträge gestellt worden. Der eine Antrag hat folgenden Wortlaut:

- durch sofortige entsprechende Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen den wirtschaftlichen Wert dieser Renten wiederherzustellen, den sie bei der Verabschluß des Reichsversorgungsgesetzes im April 1923 für alle Gruppen der Verpflichtungsberechtigten gehabt haben;
- zu diesen wiederhergestellten Gebührensätzen ergänzende Bezüge für diejenigen Verpflichtungsberechtigten zu lassen, die ganz oder vorwiegend auf die Renten angewiesen sind;
- die Abfindungen für wiederverheiratete Kriegerwitwen, die nach dem 10. Juni 1924 zur Auszahlung gelangt sind, mit sofortiger Wirkung aufzuwerten;
- durch Aushebung aller in Anwendung der Ermächtigungsgelehrte eingetretene Verkleinerungen den Zustand des materiellen und formellen Verpflichtungsgesetzes wieder herzustellen, wie er nach Erlass der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom 10. Juni 1923 bestanden hat;
- zu Regelung aller an den §§ 1 bis 4 dieses Antrages nicht berührten Verpflichtungssachen eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz dem Reichstag alsbald vorzulegen.

## Gegen die nationalistische Heze.

Die Sozialistische Studentengruppe an der Universität Leipzig erfordert uns, folgenden Aufruf an die Kommissionen zu veröffentlichen:

## Kommissionen!

In einem Augenblick, wo die Blüte aller wahren Deutschen mit Hoffnung auf Völkervereinigung und den Fortmarsch der sozialen Demokratie nach Westen schauen — in dieser Stunde wissen deutsche Studenten nichts anderes, als sich einem Kundgebungsfimmel hinzugeben. Kriegsbeschädigte, nur klarbar durch fachliche wissenschaftliche Forschung, steht heute nicht vor Diktation, imperialistisch-romantische Verstiegenheit eines „Mittelstädtischen Bundes“ verhindert die Einlösung unserer deutschen Republik in die europäische Völkerfamilie. Die unverantwortliche Heze gegen die Friedensverträge ruft neuen Krieg herauf, der Kulturbrot und Vernichtung unseres Volkes bedeutet. Die Dolchstoßlügen degradieren Millionen deutscher Soldaten, die vier Jahre auf den Schlachtfeldern Europas gebüßt haben. Kommissionen! Das Studenten, die zukünftige Führer des Volkes sich nennen, zu verantwortunglosen und im letzten Sinne antikulturellen Deihen sich hinreichen lassen, ist eine Schande fürs ganze deutsche Volk. Wir fordern demgegenüber eine nähere nationale Politik der Tatsachen. Vor allen Welt aber liegen wir uns los von diesen Soldaten, die den nationalen Gedanken seit Jahren besiegen. Unrechte Proteste haben Erfolg gezeigt. Der Kammel dieses „Mittelstädtischen Bundes“ in der Universität ist verboten worden. Bereitigt euch alle mit uns, damit wir diesen Kämpfen immer energisch entgegentreten können.

Sozialistische Studentengruppe an der Universität Leipzig.

## Der Elster-Saale-Kanal.

Eine vom Ausbau für die Saale-Kanalisation und den Elster-Saale-Kanal nach Bernburg einberufen, von Kreisen, Gemeinden, Industrie- und Handelskammern und andern Interessenten aus der Provinz Sachsen, aus dem Freistaat Sachsen und Anhalt zahlreich besuchte Versammlung hat mit Befremden wahrnehmen müssen, daß Gruppen daran arbeiten, das Einheitsprojekt des Mittelrand-Kanals dadurch zu föhren, daß zunächst nur der Bau des Kanalstücks werden soll, das nur gemeinschaftlich in Angiffs genommen werden soll. Die Versammlung stellte fest, daß die Bundesstaaten Sachsen und Anhalt und ihrer Bevölkerung unter andererlei Zustimmung der Volksvertretungen zugestellt worden ist, daß das Gesamtprojekt einschließlich der Kanalisierung der Saale, des Baus des Stichkanals Stiftung-Leopoldshall und des Kanals zwischen Krempau und Leipzig als ein unteilbares Ganzes aufgefaßt werden soll, das nur gemeinschaftlich in Angiffs genommen werden darf. Nur unter dieser Bedingung haben die beiden Staaten und die mitteldeutschen Interessengruppen den Gedanken der Südklinie aufgegeben, um dem Kompromißprojekt zugestimmt. Die Versammlung forderte daher vom Reichsverkehrsministerium und von den Ministerien Preußen, Sachsen und Anhalt ein unverbindliches Festhalten an dem Gesamtprojekt. Die Höhe der Gewerbesteuer in Mitteldeutschland, insbesondere in der Kali-Industrie, nötigen ferner dazu, mit aller Entschiedenheit zu verlangen, daß die Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge, die andern Teilen des Kanals schon jetzt zugewendet werden, nicht dem mittelde

von Tumulten wurde, sieht der Arbeiterschaft nach wie vor zur Verfolgung. Die Sportler, Turner, Sänger und der Ortsverein erhielten vom Vater des Löwenparts die Erklärung, daß er von der Tätigkeit des Saalschuhes keine Kenntnis hatte, da er frisch war. Es würde sie nicht gebüdet haben und will dafür sorgen, daß in Zukunft solche unschöne Vorlommisse unterbleiben. — Die Organisationen erklären ausdrücklich, daß ein Vorstoß des Lokals durch die organisierte Arbeiterschaft nicht in Frage kommt.

Zur Herstellung von Schlagsahne schreibt man uns: Nach einer circa neun Jahre andauernden Hungerblöße Deutschlands gelitten man die Verwendung von Milch, des wichtigsten Nahrungsmitte für Kinder, Kranken, Schwache, Erholungsbedürftige, zur Herstellung von Schlagsahne, was man geradezu als Verwüstung und Verkümmern bezeichneten muß. Es es nicht nötig, die Butter billiger abzugeben, damit auch der Minderbemittelte sich ab und zu welcher kaufen kann, und dann vor allem Kranken, die oft keine Margarine vertragen können. Butter erwerben können? Ebenso wäre eine Milchverbilligung nötig für Kinder usw. Dadurch würde sich der Umsatz auch heben zum Besten der Allgemeinheit. Es es vielleicht wichtiger, daß heute zum Überfluß Schlagsahne gelehrt wird, nur um ihre Gaumen zu lüften? Zudem sind sie oft gezwungen, mangels körperlicher Arbeit ihren Körper einer Massenender oder einem Motor anzuvertrauen, um ihn von dem lästigen Fett zu befreien. Oder sie müssen Badeorte aufsuchen, um dies Ziel zu erreichen. Die hier angeführten Tatsachen sollte sich jede maßgebende Behörde und jeder Volksmitthälfte vor Augen halten und sie sollten das tun, was im Interesse des Wiederaufbaus der deutschen Volksgesundheit bitter notwendig ist.

Brotzeit bei Fleseier. In letzter Zeit sind wiederholt Beschwerden über Fleseier laut geworden. Fleseier sind eine minderwertige, nur noch zum Teil verwertbare Ware. Da den Beschwerden nicht in jedem Falle Rechnung getragen werden kann, wird dem Publikum im eigenen Interesse anheimgegeben, beim Einkauf solcher Eier Zurückhaltung zu üben oder von dem Kauf干脆lich überhaupt abzusehen.

Der Hilfsverein für Geisteckreie hielt am Montag, dem 16. Juni 1924, seine diesjährige Hauptversammlung im Vereins- haus zu Dresden ab. Der Bericht, den der Vorsitzende, Geheimer Medizinalrat Dr. Astermann-Großschweidnig, gab, mußte zunächst auf die verderbliche Entwicklung der Geldentwertung im vorigen Jahre auch auf den Hilfsverein hinweisen, so daß gegen Ende des Berichtsjahrs irgendeine Unterstützungen kaum mehr gezahlt werden konnten und auch das Vereinsvermögen verschlungen wurde. Trotzdem gibt man die Arbeit nicht auf, sondern hat im neuen Jahre schon dort, wo man wieder angefangen hat, schöne Erfolge erzielt. Die Arbeit ist in der Not der Geisteckreien, die jetzt vielfach den hohen Kosten wegen nicht in Anfalten untergebracht werden können, jetzt doppelt nötig und wird, so hofft man, durch die staatliche Wohlfahrtspflege, die jetzt kräftiger eingesen soll, gefördert werden. Man hat trotz aller Schwierigkeiten auch im vergangenen Jahre mit Rat und Tat geholfen und will es in Zukunft noch mehr tun.

Sonderzugsartenauslauf Richtung Riesengebirge und Süddeutschland. Zum Sommer-Sonderzug am 12. 7. vom. von Halle und Leipzig nach dem Riesengebirge, der zum ersten Male ohne Umsteigen eine billige und günstige Zugverbindung aus Mitteldeutschland nach dem schlesischen Gebiete bietet, werden Karten noch ausgetragen. Der Sonderzug am 12. 7. nachm. von Halle und Leipzig nach Richtung Freiburg und Stuttgart wird infolge starker Be teiligung doppelt gefahren. Kartenverkauf hat wieder begonnen.

Einführung des Leipziger Mehrtagsabes. Vom Leipziger Fleischamt wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Einführung des verbindlichen Abes des Leipziger Mehrtags an der Rose des Amtshauptmannschaften Borna, Grimma, Oschatz, Rochlitz und Döbeln nur bis 16. Juli einheitlich stattfindet. Alles nach diesem Zeitpunkt noch kurzfristige Abgabe hat seine Gültigkeit verloren und wird nicht mehr eingeholt.

Zentrale für Jugendarbeit. Die Helferzulammenkunft für die Helfer vom Alt-Leipzig am Donnerstag, den 10. d. M. beginnt ausnahmsweise erst um 7 Uhr.

Kontakt, Bildungsverein, Erwerbslose, Kriegsbeschädigte usw. Ausgabe von Hammelstisch und Schweinestisch — durchwachsen — sehr gute Qualität! Freitag, den 11. Juli und Sonntag den 13. Juli, ab 8 Uhr früh im städtischen Schlachthof. Das Pfund kostet je 60 Pf.

## Polizeinachrichten.

### Zusammenfassung zwischen Siso und Kommunisten.

Im Anschluß an eine Protest-Versammlung der Kommunistischen Partei am 8. Juli im Albertgarten, die sich gegen die Haussuchungen in den beiden Parlamenten richtete, bildete sich in der 10. Stunde ein Demonstrationszug von ungefähr 300 Versammlungsteilnehmern. Der Zug bewegte sich in Richtung Albertgarten-Zweinaudorfer Straße-Mohrenplatz. An der Spree markierte ein Stoßtrupp von ungefähr 30 jugendlichen Personen, die einheitlich mit grauer Windjacke, Mütze mit Sowjettern und rotem Abzeichen, Lederglocken und Eisenknoten ausgerüstet waren. Im Demonstrationszug befanden sich 3 Sowjetfahnen. An der Kreuzung Zweinaudorfer und Unterstraße verlor die zuständige Polizeiwache den Zug auszulösen. Diese Aufgabe gelang den schwachen Polizeikräften jedoch nur teilweise, da sich die Demonstranten sofort wieder zusammenstellten, um mit Gelang weiterzuziehen. Bei einem weiteren Aufzählsuchende gelang es einzigen Beamten, eine Sowjetfahne zu beschaffen. Die Beamten wurden jedoch von den Demonstranten, wobei ich ganz besonders die Stoßtruppsleute hervortrete, umringt und färblich bedroht, so daß sie sich mittels Gummifüßpüssels Bewegungsfreiheit verschafften mussten. Erst die eintreffenden polizeilichen Verstärkungen konnten die zahlreichen Demonstranten und Neugierigen am Anfang des Laufbahnenweges endgültig zerstreuen und die Ruhe wieder herstellen. Einige Beteiligte wurden der Wache aufgeführt.

Invalidenmarken gestohlen. In der Nacht zum 4. d. M. ist aus den Räumen der Verwaltungsstelle der Landesversicherungsanstalt Sachsen für Gesellschaftsrente, Töpferstraße 3, ein Posten Invaliden-

marken gestohlen worden, und zwar: solche zu 20, 40, 60, 80 Pf. und 1 Mt. im Gesamtbetrag von 7123,00 Mt. Es wird vor dem Anlauf der Marken, die nur unter der Hand angeboten werden können, gewarnt. Verdächtige Wahrnehmungen teile man der Kriminalabteilung mit. Der Dieb hatte sich mutmaßlich einschleichen lassen.

Einbruch in ein Garderobengeschäft in der Bayrischen Straße. Durch Einbruch wurde in der Nacht zum 6. d. M. aus einem Kleidergeschäft in der Bayrischen Straße eine große Anzahl Kleidungsstücke gestohlen, und zwar u. a.: gelbe Jacken, Hosen verschiedener Art, Sportkragen, Kinderhosen, grüne Sommerjassen, solche aus Schleinen, ferner 12 Paar Stühle. Es wird vor Anlauf der Sachen gewarnt.

Ermittelt ist der Aufenthalt des Ende Juni aus seiner Wohnung in der Daimlerstraße verschwunden gewesenen Postauschellers Gustav Blümer.

Diebstahl. Ein in einem größeren Vergnügungsetablissement in Leipzig-Guttau bedientes Dienstmädchen ist am 5. d. M. wiederum um ein neues Lachsfärbiges Bettelkleid (für eine große blonde Kugel) und ein Paar braune Halbschuhe bestohlen worden. Der Täter benutzte auch diesmal wieder die Stunden, in der die Bettelknechte und die anderen Angestellten angestrengt beschäftigt waren, um mit einem Dietrich in die Kommerz des Mädchens einzudringen. Das erzielte wurde ihr außer Kleidungsstück auch noch ein anziehlicher Posten Wände gestohlen. Vor dem Anlauf des Kleides und der Schuhe wird gewarnt.

## Rundfunkprogramm.

Leipzig.

Donnerstag, den 10. Juli 1924, 1 Uhr: Börsen- und Pressebericht, 4.30-5 Uhr: Hauskapelle, 5.30-6 Uhr: Vortrag: Das Leben an der Ostsee, 5.30-6 Uhr: Hauskapelle, 7.30-8 Uhr: Rezitationen von Prof. Adolf Winds, 8.15 Uhr: Wandervogel-Abend. Einleitender Vortrag über die Wandervogelbewegung. Erzählungen. Lieder, Vokal, Prosa, Musik — Frohstimme, Jugendmut, Wandervogel. Anschließend (etwa 9.30 Uhr) Pressebericht.

## Aus der Umgebung.

### Sitzung des Bezirksausschusses.

Am 8. Juni tagte der Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig lebhaft in seiner bisherigen Zusammenfassung. Besonders auffallend war, daß der einzige anwesende Vertreter des Bürgeriums im Ausschuss eine ausfällig starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

Unter Mitteilungen gibt Regierungsrat Dr. Eichmann bekannt, daß eine Verordnung des Ministeriums des Innern eingegangen sei, nach deren Inhalt sich das Ministerium ebenfalls eine ausfällige starke Anteilnahme an den zu erledigenden Tagesordnungspunkten nahm; wir wissen nicht, ob etwa der Weggang der Wahl zum Beizelstag die Ursache dieser Harten Initiative war. Wenn aber unsre Vermutung zutrifft, sollte, so wäre es ein Anzeichen dafür, wie die Dinge im neuen Bezirksausschuss erledigt werden sollen.

## Von der Heidelbeerernte.

Aus der Torgauer Gegend wird uns geschrieben: Es ist eine Schande, daß die Verwaltung der Preußischen Staatsforsten für einen Heidelbeerlesezeitel 500 Mt. von den Heidelbeerern verlangt. Bei Revisionen im Walde werden sogar 7.500 Mt. gefordert. Ausnahmen werden gemacht für Kinder unter 12 Jahren, sowie bei Altersrentnern und Waldarbeiterangehörigen; für diese kostet der Zeitel 1.100 Mt. Die Händler laufen hier die Beeren mit 15 Pf. das Pfund auf. Nur einmal gab es 20 Pf. das Pfund. Wer steht nun den hohen Profit ein? Die Beeren geben eben durch 3-4 Hände, ehe sie an den Konkurrenten kommen. Dann reden die Händler über die hohen Preise, wie Steuern, Fracht usw. Alles wird eben wieder auf die Arbeiter abgewälzt. Das sind eben Zukunft, die zum Himmel schreien. Ein nicht geliebter Beerenfischer hat 1 Stunde zu tun, um ein Pfund Beeren zu ammeln. Die Beerenfischer werden und den Gewinn stecken die Händler ein.

**z. Engelsdorf. Gemeindevertretungssitzung am 27. Juni.** Ein großer Tag im Engelsdorfer Gemeindeparlament war zu erwarten. Prangten doch schon Tage vorher an allen Orten Einladungen der Kommunistischen Partei, worin die Einwohnerchaft aufgefordert wurde, zu kommen und zu hören! Man durfte also, da der Haushaltplan zur Beratung stand, auf etwas Besonderes gesetzt sein. Der Bürgermeister erläuterte eingangs der Sitzung den vorgelegten Haushaltplan in großen Zügen, der mit einem Bedarf von 888 100 Mt. und ebensoviel Deckungsmitteln abschließt. Herauszugehen ist der Bedarf der Gemeindeklasse von 275 000 Mt., der Schulklasse von 28 100 Mt. und der Grundstücksklasse von 680 200 Mark. Von der sozialistischen Fraktion waren zwei Anträge eingereicht worden. Dem ersten Antrag folgte joll der Schulabschluß beauftragt werden, rechtzeitig einen Entwurf einzurichten, der die Einführung der Vermittelstetigkeit ab Ostern 1925 ermöglicht. Der zweite Antrag sieht vor, daß wenn die haushaltlichen mäßig eingestellten Mittel für allgemeine Fürsorge ausgebracht seien werden, weitere Gelder aus laufenden Mitteln herzuholzen sind. Beide Anträge wurden nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Zum Haushaltplan selbst ergab sich als Fraktionsredner Herr Müller das Wort, um seine prinzipielle Stellung darlegend. Damit hatte sich aber wider alles Erwartete die Debatte erschöpft. Weder die Bürgerlichen, noch die Kommunisten hielten es für nötig, zur Sache selbst zu sprechen, und erfolgte einstimmige Annahme des Haushaltplanes. Diejenigen Besucher, die auf Sitzungen gerechnet hatten, waren schwer enttäuscht. Wahrscheinlich war den Kommunisten die ganze Materie mit den vielen Zahlen unverständlich. Auch die übrige Tagesordnung brachte nichts Aufregendes weiter. — Ohne jede Neuerung der Gemeindevertretung ordneten wurde eine Verfügung des Ministeriums hingenommen, wonach Engelsdorf mit Baasdorf einen gemeinschaftlichen Schulbezirk zu bilden hat, was bisher von Engelsdorf aus triftiger Gründen abgelehnt worden war. — In den Schachtwirtschaftsraum wurden die Herren Häuser und Bäder als Vertreter und Förster und Haase als Stellvertreter gewählt. — Von Interesse war noch die Mitteilung des Vorstehenden, daß der Einspruch der Gitter und Genossen gegen die Verteilung der Sige durch den Bezirkswahlkonsortium vom Oberverwaltungsgericht abgewiesen worden ist zugunsten der Liste Winter, so daß die Liste Winter nur noch von Herrn Aue vertreten wird, während die Liste Winter einen dritten Vertreter (Herrn Lokomotivführer Steinbach) erhält. Hierauf nicht öffentliche Sitzung.

**b. Liebertwolkwitz. Gemeinderatsbericht.** Eingangs der Sitzung erfolgte die Wahl der Mitglieder für den Bezirktag. Die Liste der Kommunistischen Partei war wegen eines Formfehlers von der Amtshauptmannschaft zurückgewiesen worden. Als Protest stimmten die Kommunisten trotzdem für ihre Kandidaten, bezweckten aber damit, daß der Einspruch der Arbeiterschaft nur verhindert wird. — Als Vertreter zum Krankenfassenverband Leipzig-Dorf werden von den Parteien vorgeschlagen Werner, Bürgermeister Liebing und Martin. Trotz der Mehrheit der Arbeiterschaft im Gemeindeparlament konnte auch hier die bürgerliche Seite eine Gegenstimme abgeben, es ist eben eine Unmöglichkeit, mit zwei Richtungen praktische Arbeit zu leisten. Bei der Beratung des Haushaltplanes wird bei dem Kapitel Wasserwert angefragt, auf welcher Grundlage der Preis von 25 Pf. errechnet worden ist. Vom Bürgermeister wird die Erklärung abgegeben, daß hier ein Beihilfe des Mindesthaushaltes vorliegt. Eine längere Diskussion über diese Frage schafft keine völlige Klarheit; es besteht jedoch ein Beihilfe, daß der Bürgermeister ermächtigt ist, den Preis so festzulegen, daß sich werbende Betriebe tragen. Unter Gemeindebedarf gibt es keinen Ansatz; doch wird gewünscht, das Lustbad modern auszustalten.

## Die Revision Dr. Zeigners verworfen.

Am Dienstag, dem 8. Juli 1924, wurde vor dem 4. Strafgericht des Reichsgerichts über die Revisionen im Zeigner-Prozeß verhandelt. Bemerkenswert war, daß nicht weniger als 17 Pressevertreter anwesend waren und die Zuhörer den Raum nicht bejehlen, so daß es keine Eintrittskarten mehr gab. Da aber die Angeklagten nicht selbst erschienen und die lange jüngstündige Verhandlung auch nicht die geringste Aufregung brachte, verschwand der größte Teil des sensationslüsternen Publikums bald wieder.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Stöckel wurde zunächst das Gesamtsurteil verlesen und die Begründungen der dagegen eingeklagten Revisionen vorgebracht. Der Verteidiger Dr. Zeigner, Rechtsanwalt Marzner, forderte die Aufhebung des Urteils im vollen Umfang und Jurikürverweisung der Sache an die erste Instanz. Er rügte in seinem Einpruch lieben verschiedene Verstöße hauptsächlich gegen die Strafprozeßordnung. Der Oberstaatsanwalt hatte Revision insoweit eingeklagt, als Möbius und Dr. Zeigner freigelassen worden waren. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Dr. Kirchner, erging sich bei der Ablehnung der Revisionen, die durch Dr. Frank und Marzner vorgebracht worden waren, in selbst einem Palen äußerst gewagt erscheinenden spätindigen juristischen Konstruktionen. Er beantragte, die Revisionen der Angeklagten zu verwerten und der Revision des Oberstaatsanwalts soweit stattzugeben, daß die auf Freispruch lautenden Urteile noch einmal nachprüft würden. Rechtsanwalt Marzner hob vor allem hervor, daß über den Antrag der Verteidigung auf Abfassung von 3 Richter in der Hauptverhandlung nicht von einer fünf, sondern einer dreigliedrigen Kammer hätte entschieden werden müssen. Weiter war der Antrag auf Vernehmung des Zeugen Trompler mit rechtlich unzulässiger Begründung abgelehnt worden. Unzulässig war die Verleugnung aus den Personalklagen, der Aussagen des Zeugen Brandt und aus dem Briefe Schmerler, den man mit den zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln persönlich vorführen mußte. Dann muß auch die Frage der Verjährung des Deliktes der Altenverbrennung noch einmal aufgeworfen werden. Darüber möchte eine den Zeiterhälften angepaßte neue Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden, da ein Abgeordneter doch nicht ungünstiger gestellt sein dürfe, als alle übrigen Vertreter.

Rechtsanwalt Dr. Frank behandelte ausführlich die in der Hauptverhandlung erfolgten Beschränkungen der Verteidigung und betonte, daß Dr. Zeigner die vom Gericht demängelten Argumentationen laut Beschluss des Gesamtministeriums pflichtgemäß vorgenommen habe. Ja, daß er pflichtwidrig gehandelt haben würde, wenn er sie nicht ausgeschlossen hätte.

Der Urteilspruch erfolgte erst am Nachmittag gegen 6 Uhr. Er lautete:

Die Revisionen gegen das Urteil des Landgerichts in Leipzig vom 29. März werden verworfen. Die Kosten haben die beiden Parteien zu tragen, die der Staatsanwaltschaft übernimmt der sächsische Staat.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Die erhobenen Verfahrensdelikte, die teils von den Angeklagten, teils von der Staatsanwaltschaft erhoben werden, müssen als unbegründet erachtet werden. Die Zusammensetzung des Gerichts mit 3 bzw. 5 Mitgliedern war zulässig. Auch das Verhalten im Falle des Zeugen Brandt kann nicht beanstandet werden, ebenso wenig sind die Rügen begründet, die sich an den Fall Schmerler und Trompler anknüpfen. Was die Verjährung anbetrifft, so kommt hier die sächsische Verfassung in Frage, wonach Dr. Zeigner während der ganzen Zeit der Wahlperiode als Abgeordneter zu betrachten war. Wegen der Bezeichnung in Sachen der Begnadigung kam der Senat zu der Entscheidung, daß der Angeklagte müsse, daß er sich durch Gewährung von Begnadigungen einen Vorteil verschaffen könne und dadurch die Bezeichnung gegeben war. Der Angeklagte Zeigner hätte besonders gewußt, daß durch die Vorteile, die von Brandt gewährt wurden, eine für Brandt günstige Stellungnahme für die Begnadigungsangelegenheit herbeigeführt werden sollte. Auch die Revision der Staatsanwaltschaft ist aus den angeführten Gründen zu verwerten. Damit werden die über Möbius und Zeigner verhängten Strafen rechtmäßig.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die unbeschreiblichen Willkürakte der Reichswehr in Sachsen.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages beschäftigte sich am Montag erneut mit den Übergriffen der Reichswehr gegenüber der Zivilbevölkerung in Sachsen während des Ausnahmezustandes. Vor Eintreten in die Tagesordnung gab der Vorsitzende von einem Schreiben des Wehrkreiskommandos IV Kenntnis, daß dem Ausschuß auf Erforderung überliefert wurde und das Auschluß darüber gibt, wieviel Zivilpersonen beim Wehrkreiskommando bisher Schadenersatz für Übergriffe der Reichswehr beantragt haben. Es sind u. a. folgende Schadenersatzansprüche zur Anmeldung gekommen:

Für töltliche Verlehung: 2 (davon ist 1 abgelehnt, 1 wird abgelehnt), da der Soldat (so heißt es in dem Schreiben der Reichswehr), welcher von der Schuhwaffe Gebrauch gemacht hat, hierzu berechtigt und verpflichtet war);

für Verlehung durch Schuhwaffe: 3 (1 abgelehnt, 1 an den Feststellungsausschuß verwiesen, bei 1 sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen);

Antizipate auf Entschädigung wegen Schuhwaffe sind 6 gestellt worden (und sämtlich abgelehnt);

Antizipate wegen Erhöhung von Schäden, bei Haussuchungen entstanden: 10 (6 abgelehnt, 4 bezahlt);

durch Einquartierung verursachte Schäden: 7 (sämtlich bezahlt);

Erfakantrag für befallsgenommene Sachen ist in 9 Fällen gestellt worden. Sowohl es sich dabei um Propagandamaterial der KPD handelt, sind sie abgelehnt worden; soweit Rücklage an sich hätte erfolgen müssen, aber "nicht möglich war" (was heißt das?) ist Bezahlung erfolgt;

durch Schüsse erfolgte Sachschäden: 3 abgelehnt, 1 bezahlt;

Auto-Schäden: 8 abgelehnt, 9 bezahlt;

sonstige Schadenersatzansprüche: 9 bezahlt, 10 abgelehnt.

Der Berichterstatter, Abgeordneter Böttcher, gibt hierauf einen eingehenden Bericht über die Vorgänge in den Kreishauptmannschaften Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Freiberg. Da viele der Geschädigten nicht wissen, wohin sie sich mit Schadenersatzansprüchen zu wenden haben, wird die Adresse bekanntgegeben: Wehrkreisverwaltungamt IV, Dresden. Der Berichterstatter gibt aus dem umfangreichen amtlichen Material über die Ausschreitungen der Reichswehr gegen die Zivilbevölkerung das wichtigste bekannt (in zweitständiger Redel): Verhaftungen sind erfolgt:

in Zwickau 184, Chemnitz 318, Leipzig 299. In der Durchführung der Reichsverfassung waren beteiligt: 13 Infanterieregimenter, 3 Kavallerieregimenter, 1 Regiment Jäger, 3 Artillerieregimenter, 2 Minenwerfer-Kompanien, 1 Kraftwagenabteilung sowie erhebliche Truppenmengen in Reservestellungen. 39 Tote und 56 Verwundete, zum Teil Arbeiter, sind die Opfer dieser Eroberung, die sich angeblich gegen Bayern richteten sollten.

845 Personen sind in „Schuhhaft“ genommen worden und mehrere hundert Sozialdemokraten und Kommunisten als Versammlungsteilnehmer usw. vorübergehend inhaftiert worden. Die Zahl der schweren Misshandlungen, die bisher festgestellt ist, beträgt 108, davon in Dresden-Bautzen 28, Zwickau 25, Chemnitz 34, Leipzig 21. Zur Reichswehr haben sich während des Ausnahmezustandes (als Feindstreitkräfte) gemeldet 194, und zwar aus Dresden-Bautzen 80, Zwickau 1, Chemnitz 25, Leipzig 28. Ein besonderes Kapitel bei der Betrachtung dieser Dinge ist die Verfolgung der fortwährend gesunkenen Lehrerchaft durch die Reichswehr, meist durch Denunziationen sogenannter christlicher Kreise herbeigeführt. Bei der Lehrerchaft sind 25 Haussuchungen, 20 Verhaftungen und zahlreiche schwere Misshandlungen erfolgt. Der Redner schilderte dann die wesentlichen Vorfälle und forderte strengste Bestrafung der Schuldigen. Die Anträge auf Strafverfolgung der schuldigen Offiziere usw. wurden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

## Eine Erklärung.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion gibt folgende von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung ab:

„Die Dresdner Neuesten Nachrichten brachten in der Nummer vom 21. Juni einen Artikel über den Reichsparteitag der Sozialdemokratischen Partei und seine Auswirkung auf die sächsische Politik. In diesem Artikel, der auch von andern Blättern übernommen wurde, wird einleitend darauf hingewiesen, daß er auf Informationen maßgebender Kreise der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion beruhe. Damit wird der Anschein erweckt, als stamme der Artikel von Mitgliedern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Die Landtagsfraktion erklärt demgegenüber, daß sie diesem Artikel fernrecht und keines ihrer Mitglieder eine Information dazu gegeben hat.“ (Es folgen die Unterschriften.)

Die Zittauer Morgenzeitung brachte bekanntlich den gleichen Artikel. Mit der Erklärung sind die beiden Blätter entlarvt.

## Die Kommunisten als Slüze der Hausagrarier!

Die Dresdner Kommunisten lehnen den Etat des Wohnungsamtes ab.

Er. Ein unglaublicher Vorgang, der so recht wieder einmal das Demagogentum der Kommunisten beweist, spielt sich im Dresdner Stadtparlament ab. Zur Beratung stand der Etat für Wohnungsamts, eine Einrichtung, die bekanntlich den Hausbesitzern und ihren rechtsstehenden Freunden von jeher ein Dorn im Auge gewesen ist. Es konnte deshalb durchaus nicht überraschen, als der deutschnationalen Redner offen seine Abneigung gegen das Wohnungamt zum Ausdruck brachte und für seine "Kraftler" die Erklärung abgab, daß sie die im Haushaltplan eingestellten Mittel ablehnen. Dagegen glaubte man seinen Ohren kaum zu trauen, als sich darauf der Kommunist Gabel erhob und zur hellen Freude der Hausagrarier an dem Wohnungsamte und seinem Dezentralen, dem sozialdemokratischen Bürgermeister Ritsche, keinen guten Gedanken ließ, um schließlich zu erklären, daß die kommunistische Fraktion die Position ablehne. Genoss Rösch zählte den kommunistischen Arbeiter- und Mieterfreunden" gebührend heim, indem er zunächst die eigentümliche Erscheinung, die Kommunisten mit den Rechtsparteien und Deutschnationalen, von denen einer mit dem Hakenkreuz "geschmückt" war, in dieser Frage vollständig einzufangen, anprangerte und aufs tiefste bedauerte, daß heute die Kommunisten, die ein starkes Interesse an der Bekämpfung der Wohnungssnot haben, gegen eine Einrichtung stimmen, gegen die bisher bloß die Hausbesitzer und weit rechtsstehende Kreise gearbeitet haben, mit sie die Kreise unterstützen, die die Mieten ins unermeßliche steigern wollen. Nach einem Verlegenheitsgekrammel des kommunistischen Redners und nachdem der volkspar政ische Ministerialdirektor Dr. Schulze — bezeichnetwerweise — erklärt hatte, daß man zwar gegenwärtig die Wohnungsamter noch nicht missen könne, daß "man" aber hoffe, im nächsten Jahre vor einer neuen Situation zu stehen, wurde der Etat des Wohnungsamtes mit erheblicher Mehrheit genehmigt. Die Kommunisten klimmten zusammen dagegen, ferner fast alle Mitglieder der Deutschnationalen und der Handwerkergruppe, drei Deutschnationale und ein Volkspartizipier.

Die Arbeiterschaft wird sich das mitterländliche Gedaben der Kommunisten merken und hoffentlich auch aus ihm die einzige mögliche Holgerung ziehen. Was die Kommunisten hier wieder einmal getan haben, ist Rettung der Hausbesitzerinteressen und Schändung der Arbeiterversetzung. Der blinde Hah der Kommunisten gegen alles, was sozialdemokratisches Interesse haben könnte, trübt diesen Leuten den klaren Blick und macht sie unfähig, vernünftige Politik zu treiben.

Dieser Hah geht soweit, daß Herr Schrapel, der Wortsführer der Kommunisten im Dresden Stadtpalais, bei Beratung eines deutschnationalen Antrages über Schaffung einer Fünfzehner-Ausschusses zum Zwecke eventueller Überprüfung von Ratsmitgliedern den Ausdruck tat, sie würden dem deutschnationalen Antrage zustimmen, da sie es in erster Linie auf die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ratsmitglieder abgesehen hätten. Dadurch haben sich die Kommunisten, wenn auch ungewollt, selbst entlarvt.

## Die Verteilung der Reichsteuern.

Die Landess- und Gemeindegebiete an den in Sachsen aufgekommenen Reichsteuern berechnen sich für den Monat Mai 1924 nach den Zusammensetzungen der Landesfinanzämter Leipzig und Dresden auf rund

16 238 100 Goldmark Einkommen- u. Körperverfassungssteuer (90 Proz.), 318 000 Grundsteuer (96 Prozent), 3 385 000 Umlaufsteuer (20 Prozent), 287 200 Kraftfahrzeugsteuer (96 Prozent) und 236 600 Kennzeichnungssteuer (100 Prozent).

20 494 900 Goldmark zusammen.

Die Übereinigung der Anteile erfolgt durch die Reichshauptstädte an die Landeshauptstädte und durch diese an die Gemeinden, soweit diese nicht die Einbehaltung einzelner Steuern im besonderen Verrechnungsverfahren nachgelassen ist.

## Sporhaliell

Zum Bundesfest in Karlsbad vom 9. bis 11. August.

Der Festtauschuß des Bundesfestes in Karlsbad teilt uns mit, daß die tschechische Regierung für die Teilnehmer am Bundesfest alle bestehenden Erschwernisse bei der Grenzüberschreitung aufzuheben will. Es dürfte also damit die Ausstellung eines Sammelpasses und durch diesen die Gewährung eines kostengünstigen Passes gesichert sein.

Der Grenzüberschritt wird wahrscheinlich für die Genossen aus Schlesien in Zittau, aus der Dresdner Gegend in Bödenbach, Chemnitz in Johanngeorgenstadt, Leipzig, Altenburg usw. in Oelsnitz und für die Genossen aus Bayern in Arzberg bzw. Ruthenthalen. Wie die Transporte vor sich gehen werden, kann erst gezeigt werden, wenn die Teilnehmerzahl festgestellt ist. Für die Fahrt auf deutschem Gebiet ist zu beachten, daß Sonderzüge, 4. Klasse, eine Teilnehmerzahl von mindestens 600 Mann aufweisen müssen. Wir hoffen, daß wir, sofern solche Sonderzüge zusammenkommen, für den Fahrtpreis einen Drittel Ermäßigung erhalten werden. Für die Fahrt auf tschechischem Gebiet ist schon jetzt eine Fahrtpreisermäßigung ausgestanden worden.

Der Festbeitrag (inkl. Festabzeichen, freier Eintritt für alle Veranstaltungen und Nachtlager) beträgt 2 Mt. für die ganze Dauer des Festes.

Die Verpflegung soll gemeinsam geschehen und ist auf 12 Kronen (das ist in deutscher Währung 1,80 Mt.) pro Tag festgelegt. Als Verpflegung wird gegeben: Frühstück, reichliches Mittagessen und Überdienst.

An Hand obiger Vereinbarung können sich die Genossen, die bereits so zahlreiche Fragen an uns eingesandt haben, die ihnen erwähnten Ausgaben ungefähr selbst zusammenstellen.

Sämtliche Arbeitersportverbände melden ihre Teilnehmer dem Arbeiter-Turn- und Sportbund, Leipzig, Fichtstr. 36, bis 10. Juli.

## Mißbrauch der Arbeitersportbewegung durch die KPD.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat vor kurzem wieder den Namen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ als Deckmantel für illegale Veranstaltungen missbraucht. Da das wiederholte von kleineren Parteigruppen geschehen ist, nun aber in großem Maßstab, sehen wir uns zu einem öffentlichen Protest genötigt. Wir haben nicht Lust, das Schild der Arbeitersportbewegung mit dem der KPD, irgendwie verknüpfen zu lassen. Vor solchen Missbrauch kann sich heute keine parteipolitisch neutrale Arbeitersorganisation anders schützen, als durch öffentliche Abrücke von diesem unverantwortlichen Kreis. Wenn die KPD diese Methode fortsetzt, zerstört sie die Einheit der Arbeitersportbewegung. Die Öffentlichkeit soll wissen, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeitersportler es entschieden ablehnt, mit der KPD in Verbindung zu treten.

## Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.

### Bericht vom 4. Vereinstagsfest des Arbeiter-Schwimm-Vereins Knautscheberg.

Unter starker Beteiligung begann am 6. Juli 1924 der A.-S.-V. Knautscheberg sein 4. Vereinstagsfest. Am Start waren unter anderem die Vereine Dößau, Leipzig, Altenburg, Pegau und Schleiby. Die Abwicklung ging vor ca. 1500 Zuschauern glatt und reibungslos vorstarken.

Die Rennen zeigten einen durchwegs spannenden Charakter und zeigten nachstehende Resultate:

1. Eröffnungsstaffette: 1. L.-Ost 4:19, 2. Dessau 4:28, 3. Vorwärts-Süd 4:55. — 2. Frauenwettkampf, 50 m beliebig: 1. Graumenz, Altersgr. 6: 61,0 2. Dorn, Knautscheberg 0:52,4. 3. Vog. Südw. 0:53,0. — 3. Kinderwettkampf, 50 m Brust: 1. Simon, Vorwärts-Süd 0:52,0. 2. König 0:58,2. 3. Uhlrich 0:56,0. — 4. Jugendwettkampf, 4x50 m: 1. Dößau 3:5,0. 2. L.-Ost 3:5,2. 3. Wahren 3:9,0. — 5. Männer-Brustschwimmen über 35 Jahre: 1. Gerlach 0:47,0. 6. Kunze 0:48,3. 3. Friedrich 0:50,0. — 7. Hauptrunden, A-Klasse: 1. Gold, Knautscheberg 38 Punkte, 2. Stielke, Dößau 36 Punkte. — 8. Läufe der Mannschaften: 1. Knautscheberg, 11. Männer-Schwimmen 400 m: 1. Gründler, Altenburg 8:17,0. 2. Wille, Schleiby 8:20,0. 3. Raupe, Schleiby 8:42,0. — 12. Frauen-Brust-Schwimmen 4x50 m: 1. Südw.-Welt 4:9,2. 2. Knautscheberg 4:9,4. — 14. Streckenwettkampf: 1. Bängler, Vorwärts-Süd, 37 m 0:35,4. 2. Dößauer, Vorwärts-Süd, 33 m 0:27,4. 3. Breiter, Wahren, 32 m 0:33,2. 15. Männer-Langwettkampf 4x50 m: 1. L.-Ost 2:47,3. 2. Dößau 2:58,0. 3. Knautscheberg 2:58,4.

**Wettkampfspielen:** Dößau-Altenburg 8:0. Leipzig-Südw.-Wahren 2:5. Wahren-Jugend-Dößau-Jugend 3:2. L.-Ost-Jugend-Borwärts-Süd Jugend 5:0. Borwärts-Süd I-Leipzig-Altersgruppe 5:0. Leipzig-Ost I-Knauteberg 10:0.

## Sächsische Spielvereinigung.

### Gesellschaftsspiele.

8. Juli, 6.30 Uhr Vorwärts-Gutrieck II-Wahren III, 6.30 Uhr Sportverein 21 III-Paunsdorf III, 7 Uhr Sachsen 07 I, Jgd.-Schönefeld 1. Jgd.

9. Juli, 7 Uhr Sportverein 21 I-Schleihus I, 6.30 Uhr A.S.C. Thonberg I-Stötteritz II, 6.30 Uhr Taucha II-Paunsdorf II, 6.30 Uhr Preußen-Mosau IV-Sportclub-Mosau III, 6.30 Uhr Sportclub 09 IV-Kleinischendorf I, 6.30 Uhr Großschockendorf A.-S.-Sportlust 09 A.-S., 6.30 Uhr Hertha 2. Jgd.-Engelsdorf I.

10. Juli, 6.30 Uhr Borwärts-Gutrieck II-Wahren II, 7 Uhr Sachsen 07 II-Urania-Mosau I, 6.30 Uhr Sportlust 09 I-Schleihus II, 6.30 Uhr Sportclub 09 I-Schleihus III, 6.30 Uhr Borwärts-Süd 07 III-Sachsen 07 III, 6.30 Uhr Sachsen 07 I-Sportclub-Mosau II, 6.30 Uhr Gohlis 1. Jgd.-Preußen-Mosau I. Jgd.

11. Juli, 6.30 Uhr Sportclub-Mosau I-Paunsdorf I, 6.30 Uhr Preußen-Mosau I-Borwärts-Süd I, 7 Uhr Victoria 06 I-Böhmis. Ehrenberg I, 6.3

## Die Hafserziehung in den französischen Schulen.

Die französische Volksschule ist eine Bruststätte des Chauvinismus; ihr Hauptgehalt ist, daß gegen die Boches schon in die Herzen der Jugend an jenseit! Für diese Behauptung verbreitet die deutsche bürgerliche Presse gegenwärtig eine Reihe von Beispielen aus Schulbüchern, die allerdings von pädagogischen Ungehörlichkeiten zu Zwecken der Völkerverherrlichung strotzen. Den ehrigen Autorenbücher des Hafserzeugers — dem Entschuldigung und Stellungnahme eigenen Hafspopaganda ist der langen Zitate kurzer Sinn — sei noch eine neue, recht ergiebige Quelle genannt: eine Flugschrift der Fédération des Membres de l'Enseignement laique (Verband des Lehrer an den staatlichen Laienschulen). Sie steht schonungslos auf, welche Schulbücher huldigen, und — das mag die chauvinistische Presse Deutschlands beim Nachdruck der folgenden Beispiele nicht überzeugen! — sie verurteilt auf schärfste die umlaufenden Geschichtsfälschungen, Vorurteile und Unmenschlichkeiten. Sie erinnert dabei an die begeisterte Rude, die 1919 schon Angèle France vor dem Kongreß dieser freien Lehrergewerkschaft hielt:

Brennt, o verbrennt alle Bücher, die das können! Verbrennt Arbeit und Krieg! Bildet vernünftige Menschen heran, die imstande sind, den eilen Glanz barbarischen Kriegsruhmes unter ihre Füße zu treten und allen blutdürstigen Verherrlichungen des Nationalismus und Imperialismus Widerstand entgegenzutun!

Damals gelobten die sozialistischen Lehrer, den Geist der zwischenstaatlichen Eintracht und menschlichen Brüderlichkeit zur Grundstimmung ihres Unterrichts zu machen. Wenn dennoch hagerfüllte Bücher sich in den französischen Schulen vielerorts breitgemacht haben, so stammen sie von Gestaltungsgewerken unserer deutsch-nationalen und deutschösterreichischen „Erzieher“, so haben stramme Schulbehörden sie verordnet, so haben geldgierige Verlagshäuser ihr Handwerk im Spiel, die vor Ausbeutung der Schreinreise und Tränen des Weltkrieges zugunsten ihres Profits nicht das geringste Gewissensbedenken empfinden.

An der Spitze der noch in wildester Kriegsphrasie schwelgenden Bücher marchiert eine Bibel: Lecture des Petits von Journier, die den Sechsjährigen Süde bietet wie: Die verhümmelten Kinder, die Kathedrale von Reims, Kinderkrieg, die Holzsäne usw. Bilder bekleben die Schanzenmärsche deutscher Schändaten, das abschreckende Urteil lautet: „Diese elenden Boches haben vor nichts Angst; sie haben Kinder, Frauen und Greise getötet, sie haben Hospitalär und Verpflegungsionen mit Bomben belagert; sie leben vor Feinden Verbündet zurück, wenn es auch noch so widerlich ist.“ Und dann wird den Schulansängern ein Nachschwur in den Mund gelegt: „Oh, ihr boshaften Deutschen, die Kinder Frankreichs werden euch noch lange fluchen.“

So abhördlich und fittlich geradezu pervers werben die Unterthanen des Kaisers in vielen Lese- und Geschichtsbüchern gemalt; einige Beispiele: „Kein Versprechen, das sie nicht im voraus schon zu brechen gewillt sind; kein Wort, das nicht eine Lüge ist; keine Schmeichelei, hinter der sich nicht eine Treulosigkeit verbirgt.“ (Jean et Lucie von Frau Des.) — „Das hochmütige und räuberische Deutschland hatte vor, die Welt zu beherrschen, um sie auszubauen.“ (Historie de la guerre von Moustier.) — „Barbarischer als die unkultiviertesten Völkerstämme, haben die Deutschen die schrecklichsten Grausamkeiten verübt.“ (Historie von Guizot und Mane.) — „Denkt an die Beschiebung unserer Lagarde, an die unheimlichen Flugzeuge, die in unseren friedlichen Städten den Schreden trugen, an die riesenhafte Kanonen, die deine Brüder töten! Vergiß nicht, daß noch kein Wort der Neue von den Lippen unserer Freunde gefallen ist. Und wenn dir jemand zuredet, das Vorgangene zu vergessen, dann antwortet mit dem schmerzvollen Stillschweigen derer, die dies gelitten haben.“ (Historie de la France von Moustier.) Natürlich fehlt die steomme, ehrwürdige Gelassenheit nicht in diesem Chor. Abbé Brontneau (L'Apostolat de la jeunesse) dichtet seelenruhig das Gebet eines Kindes, „dem die Deutschen die Hände abgehackt haben“, ja, drastischer noch, das Gebet eines Kindes, das Engel sein möchte, um bei einem Fluge — über Berlin Bombe schleudern zu können. Abbé Mathieu hat voll heiligen Eifers ein Lesebuch illustriert: Blutbäder und Erschleppungen, Brandstiftung, vorstoßende Kinder, Greise, die von behelmten Preußen mit bestialischem Gesichtsausdruck unter leidenschaftlichem Lachen zu Boden geschlagen werden...

Zweifellos sitzt das Uebel tief; aber eine kräftige Gegenströmung ist vorhanden, und die kritischkeitsorientierte Pädagogik gibt sich alle Mühe, gegenüber dem Willen der Behörden und gegenüber der oft aufsäumnenden, meist gleichgültigen Einstellung der Eltern ihre friedens- und deutschfreundliche Gestaltung durchzusetzen. Der genannte Lehrerverein befiehlt sich jetzt selbst mit der Herausgabe einwandfreier Lehrbücher, um nicht von dem Schand abhängig zu sein, den konkurrenzgebundenen Buchfabrikanten auf den Markt werfen. Er hat an alle Verleger, die verurteilenswerte Tendenzschriften herausbringen, die Aufforderung gerichtet, bei Neuauflage für Ausmerzung der pädagogisch und ethisch untauglichen Stellen zu sorgen. Die Lehrer tun sich zusammen, um jeden Verlag, der weiterhin zur Jugend- und Volksvergütung beiträgt, zu konfrontieren, und sie werden damit zweifellos eine Wirkung erzielen, da sie hier an den sensibelsten Punkt der Haupschulbildung rütteln, an den Geldbeutel.

Die Pariser Lehrer-Internationale ist auch am Werke, ein übernationales Geschichtsbuch zu schaffen, das die Kultur- und Menschheitsgeschichte in den Vordergrund rückt und alles austilgt, was Völkerhass und Freude am Brudermond entfachen könnte. Die Lehrerzeitung Ecole Emancipée (Freie Schule), in deren Spalten jetzt allwöchentlich quittiert wird über reichliche Spenden für notleidende deutsche Kinder, hält den Regierung des nationalen Blocks freimütig ihre Sünden vor und appelliert immer und immer wieder an die Menschlichkeit, die gerade Erzieher beseelet muss. Nur einige der von ihr gegebenen Richtlinien seien angeführt: „Soll unter Erzieherausgabe einen großen Zweck haben, so müssen wir des Kindes Selbst öffnen nach einem weiten, unvorstellbaren Horizont hin... Um Patriot sein zu können, muß man nicht feind der übrigen Menschheit sein... Das Maximum an Wahrheit ist vorzuhüllen. Und wahr ist auch: Wenn die Völker sich besser kennenzulernen, würden sie aufhören, sich zu hassen... Ein Volk besteht aus mehr Opfern als Schülern, die Achtung der Strafbare darf man nicht auf die unschuldigen Generationen ausdehnen... Entweder werden wir jetzt Weltbürger, oder wir sehen die ganze Welt in einen zugrunde geben.“

Die Pariser Lehrergewerkschaft brachte schon 1920 eine Einschließung an die Oeffentlichkeit, die in der Borderung gipfelt, den Kindern „Haß des Hasses, Liebe des Friedens und der Gemeinschaftsarbeit einzuhämmern“, und Ostern 1922 geholtet der Vorstand der Fédération des Unifontainables und Entschlüsselende der Hafspopaganda. Seine Entschließung mündet in das Prinzipienfrage: „Der Kampf gegen den Militarismus ist für uns eine Prinzipienfrage. Im Namen der Neutralität der Schule und der Freiheit der Eltern, im Namen einer gefundenen Pädagogik und einer Moral der Menschlichkeit und des Friedens protestieren wir auf schärfste gegen jede Einführung des Militarismus und des Militärs in die Schule. Wir rufen alle Frankenthaler auf, die zu Organisationen des Widerstands der Menschheit gehören, starktig in diesem Sinne mit den gewissheitlichen und pazifistischen Lehrern zusammenzuverhalten.“

Die sozialistischen Lehrer Frankreichs haben wohl erkannt, warum die Bourgeoisie, die der gegenwärtigen Schule ihre Richtlinien und ihren Geist plädiert, die Deutschen hassen und den Ma-

grund zwischen beiden Völkern erweitern läßt. Erziehung zum gehorchen Bürger des Staates von heute, zum Soldaten, den allerhand dunkle Vaterlands- und Nachtreiberei zum willenslosen Werkzeug und zum freudig sich hingebenden Opferstück machen — das soll die Schule leisten. Die Lehrerzeitung L'Emancipation verurteilt sich gegen solche Herabwürdigung in energischster Weise: „Erzieher, die sich zu dem angekommenen Geschäft hingeben, Eltern, die ihre Kinder so beeinflussen lassen, tragen mit die schwere Verantwortung für den nächsten Krieg, der diese Kinder ausstößt wird... Wir haben gekämpft, um den Militarismus zu töten, als er deutsch war. Wer wie ihn nun französisch werden und gar die Schule beherrschern lassen? Wir wollen das Deutschland der Moltke, Treitschke und Bernhardi ablösen, seinen Kult des Krieges und der brutalen Gewalt übernehmen — und wir werden von der ganzen Welt gesürchtet und verachtet sein! Unaussprechlicher Elst!“

Die Lehrer sprechen das Elternhaus mitdringlich an der fittlichen Bildung der Kinder; die Familie, mehr oder weniger bewußt, hilft mit diesen Geist zu erzeugen, der in Soldaten und Krieg, in „Patriotismus“ und „Helden Tod“ Angelegenheiten höchster Ordnung exklusiv. Deshalb wendet sich die Lehrergewerkschaft jetzt mit ihren aufläufigen Flugschriften an alle Organisationen (Gewerkschaften, Linksparteien, Frauenvereine usw.), die empfänglich erscheinen für pazifistische Wahrheiten. Sie sollen mit dafür eingehen, bei den Verlegern und bei den Behörden, daß die Hafspopaganda eingekämpft werden; sie sollen insbesondere die Eltern mobil machen, die Bücher ihrer Kinder zu prüfen und bei gerechtfertigten Beanstandungen dem Lehrer den festen Willen funden: Doratologische und unmoralische Vermittelnden dulden wir nicht mehr in unserem Hause und in unserer Schule. Der Lehrerverband schlicht seinen Aufruf an die denkende Elternenschaft: „Die Stunde hat geschlagen, da die Arbeiterklasse mit uns kämpfen muß gegen die Ausrichtung unserer Kinder für die Kriege von morgen. Wir räumen auf die sozialistischen Eltern, wie diese auf uns zählen können.“

Diese Einstellung teilt die Mehrheit der französischen Lehrerschaft, die schon immer auf freiemgewerkschaftlichem und sozialistischem Boden gestanden hat. Wenn jetzt unter der Regierung Herrlot, die Belpiobalen, Schikanen und Disziplinierungen aufhören, unter ihnen aufrechte sozialistische Lehrer bisher sitzen, dann erhält gewiß in der französischen Schule eine Atmosphäre, die einer dauernden Verschönerung mit dem „Schleimb“ glänzt. Auch die Hauptgewerkschaft der Lehrer, das 70 000 Mitglieder starke Syndicat National, ist zwischenstaatlichem Zusammenschluß undfriedensfördernder Erziehung durchaus geneigt. Ihr Bulletin Menuel (Januar 1924) fordert vor allem eine tiegrelende Reform des Geschichtsunterrichts. Auf diese Weise werden wir in Gemeinschaft mit dem Gewerkschaftsbunde unsern Stein beitragen zum Werke der Völkerbeschönigung, die in der schweren Stunde, die wir durchleben, jedem andern Problem voranstellt. Ganz, der Führer dieser Lehrergruppe, mahnt in der Revue de l'Enseignement primaire, zur gleichen Zeitung: sie könne z. B. am Waffenstillstandstag Tat werden. Dafür die Schule herausgegebene behördliche Richtlinien bekämpfen, ruft er: „O nein, Herr Kriegsminister, wir werden nicht den Sieg feiern. Angeschlosse der vielen Kinder in jeder Klasse, die Kriegsopfer sind, haben wir den Frieden zu feiern. Wir haben wieder einmal willkommenen Anlaß genommen, die Schreden des Krieges und seine Folgen zu veranschaulichen und die Geister derer herauftauchwollen, die in der Überzeugung starben, die Hingabe ihres Lebens werde zur endgültigen Vernehlung des Krieges beitragen. In ihrem Signe haben wir den Kindern gesagt: Lacht die Opfer eures Vaters nicht vergeblich sein; an euch ist es, denen das Handwerk zu legen, die — weil sie vom Kriege leben — dessen Wiederaufbau wünschen und vorbereiten. Was wir bei lautloser Stille und innerster Ergriffenheit aller lagten, dauernd kaum eine Wiederkehr wünschten. Aber es hat genügt, die Kinder mehr zu paden und zu erschüttern als alle amlich anbetraumten Feste mit ihren nach oben hin gesäßigen Kopfsängen.“

Doch in dieser Form Tausende und aber Tausende französischer Lehrer gegen die „Kannibalenpädagogik“ anstreiken, doch ist den völkischen Epismus und den „stisch-stöcklichen“ Krieg an den Schandbalken stellen, daß sie der Überspannung des Nationalsozialismus und der Verherrlichung der eigenen Rasse ihre Besonnenheit und Wahrheitstolde entgegensetzen — das unterschlägt die deutsche bürgerliche Presse; denn verdunkeln und trüben, entstellen und verschweigen fördert in diesem Falle die Ziele ihrer Auftraggeber. An uns sozialistischen Lehrern ist es — in Schule und Haus —, mit dem Worttrupp der französischen Erzieher zusammenzustehen, zusammenzuwählen für die Erfahrung der Menschheit von ihren schlimmsten Gehöln. Wenn wir alle — in der Klasse und in der Familie — den Keim wahrer, weltumspannender Humanität und Solidarität in die Herzen der kommenden Generation setzen, dann wird es aufwärtsgehen mit unsern Vaterländern und mit der Menschheit. Reinhold Lehmann.

### Notizen aus dem literarischen Nachschlag von Marx und Engels

Von A. Gutland.

Gerade die geschichtliche Stellung von Marx und Engels, ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung nicht nur der Zukunft, sondern auch ihrer eigenen Zeit brachte es mit sich, daß das wissenschaftliche Schaffen für sie kein Selbstzweck, sondern nur Teil ihres handelns in den Eingreifens in den Ablauf des geschichtlichen Prozesses bildete. Darin ist auch wohl der Grund zu suchen, daß sich Marx und Engels um das Schicksal ihrer Werke recht wenig kümmerten. Ihr literarisches Erbe muß mit Mühe und Not gehoben werden, und das Besonders für die sozialistische Generation der Vorfriedenszeit ist, daß noch nicht zur Herausgabe der gesamten Werke Marx und Engels geschritten wurde, sondern daß darüber hinaus nicht einmal das Notwendigste geschehen ist, um alle ihre nachgelassenen Schriften zu sammeln und in Sicherheit zu bringen.

Etwas Gründlegendes hat allerdings Karin Marx in seinem „Literarischen Nachschlag“ von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“ geschaffen. Über auch hier sind selbst für die in Frage kommende Periode (1841—1851) und die gebrauchten Werke berücksichtigt worden; — und auch von diesen nicht alle. Die Jungdoktorin Engels hat inzwischen Gustav Mayer in höchst verdientwollerweise in zwei Bänden zusammengestellt, die der erste Band seiner vorzüllschen Engels-Biographie entsprechend ergänzt. Dagegen läßt im Nachschlag Marxs eine empfindliche Lücke, die auszufüllen dringende Pflicht wäre.

In dem geistigen Werdegang Karl Marx' ist eine begonnen mit dem Übergang vom realen Humanismus seiner ersten wichtigsten Schriften, so vor allem der Beiträge zu den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ und der „Heiligen Familie“, zum revolutionären Kommunismus des „Ends der Philosophie“ und des Kommunistischen Manifests, eine wichtige Phase, die zum Teil noch unausgeführt geblieben ist. Dazu auf die Auseinandersetzung mit der „absoluten Kritik“ der Heidelberger Bauer, wie sie in der „Heiligen Familie“ erfolgte, notwendigerweise eine Auseinandersetzung mit den überlieferten Auskunten der Hegelianischen Linien, insbesondere mit Feuerbach, folgen mußte, war selbstverständlich. Indes bezogen wir davon nur die knapp gefassten 11 Thesen über Feuerbach.

Nun spricht ja Marx im Vorwort zu „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von „zwei starken Ostbänden“, in denen er und Engels sich mit der Kritik der nachheilschen Philosophie beschäftigt und die sie später der „jungenen Kritik der Mäuse“ überlassen

hatten. Das Manuskript dieser beiden Bände befindet sich im Privatarchiv Eduard Bernsteins. Dieser hat einen Teil davon unter dem Titel „Der heilige Marx“ in dem von ihm seinerseit herausgegebenen Dokumenten des Sozialismus veröffentlicht. Wehling, in dessen Werk sich ein Teil des Manuskripts, das er im „Literarischen Nachschlag“ im Kapitel „Das Leininger Konzil“ erwähnt, befand, hat scheinbar den Wert der Arbeit wesentlich unterschätzt und sich nicht eingehend damit beschäftigt. Gustav Mayer gab hier das Verdienst, in seiner Engels-Biographie den Wert der „Deutschen Ideologie“, so heißt das Werk, erkannt zu haben. Durch seine Mitteilungen angeregt, hat neuerdings R. M. Janoff, der Herausgeber der Gesammelten Schriften von Marx und Engels aus den Jahren 1851—1861, Nachforschungen nach dem Verbleib der „Deutschen Ideologie“ wie des übrigen Marx-Engels-Nachlasses ange stellt und sehr reichhaltige Funde gemacht.

Die „zwei starken Ostbänden“ befinden sich fast unverkennbar im Besitz Bernsteins und enthalten neben dem Heiligen Marx, der sich mit Stirnern „Der Einige und sein Eigen“ beschäftigt, außerdemlich wertvolle Auseinandersetzungen mit Bruno Bauer (Das Leininger Konzil) und Feuerbach. Feuerbergs letzter Abschnitt, auf den sich auch Engels in seinem „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ bezieht, ist leider unvollendet geblieben. Nichtdestoweniger enthält er besonders scharfe und prägnante Formulierungen des Marx-Engelschen Standpunktes gegenüber Feuerbach aus dem Jahre 1845 und bildet somit den eigentlichen Übergang zur Ausbildung des bereits damals gewonnenen philosophischen Rahmens des Marxismus. Es ist zu wünschen, daß die „Deutsche Ideologie“ so bald wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, — ein Wunsch, der bei der Bereitwilligkeit eines so vorzüglichen Kenners der Materie wie Gustav Mayer, die Herausgabe zu besorgen, leicht zu erfüllen wäre.

Janoff, der vor einigen Monaten vor der Moskauer Sozialistischen Akademie und auch neulich wieder auf dem Parteitag der russischen Kommunisten von der Auflösung der „Deutschen Ideologie“ Mitteilung machte hat auch über andre Teile des Marx-Engels-Nachlasses berichtet. Wir müssen uns auf eine kurze „Inhaltsangabe“ beschränken. Neben dem umfangreichen Briefwechsel Marxs und Engels' aus den verschiedensten Perioden ihres Lebens sind eine Anzahl Manuskripte, Notizen und Konzeptzettel vorhanden. Von Marx existiert ein großes Fragment einer Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (von der wir aus dem Aufsatz in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ wissen), einige Fragmente zu dem Kommunistischen Manifest, über Lohnarbeit und Kapital, über griechische Philosophie usw. Außerdem sind noch die 23 Hefte nationalsozialistischen Inhalts, die Engels im Vorwort zum 2. Band des „Kapital“ erwähnt, — wovon auch nicht ganz vollständig erhalten. Diese Hefte bilden die Vorarbeiten zum „Kapital“, sie sind weder von Engels bei der Herausgabe des 2. und 3. Bandes des „Kapital“ noch von Kautsky bei der Herausgabe der „Theorien über den Mehrwert“ voll verwertet worden und bedürfen noch einer genauen Sichtung. Was Janoff über ihre Inhalt und Inhalt mittelt, läßt sie als eine unbedingt erforderliche Ergänzung der bisher bekannten Teile des „Kapital“ erscheinen.

Aus dem Nachschlag von Engels sind ungemein wichtige Manuskripte über die „Dialektik in der Natur“ erhalten, die in sechs Abschnitten die Bewegungsgesetze der Materie, Elektrizität, Magnetismus u. a. m. behandeln jener Arbeiten über Natur und Naturwissenschaft, Mathematik und Naturwissenschaft, Dialektik und Naturwissenschaft. Gest die Vorstellung dieser Theorie über die Materialistische Philosophie und Naturwissenschaft, über Marx' Stellung dazu und über beider Rolle in der Herausbildung der Elemente dessen, was wir unter Marxismus verstehen, gestalten.

Der gesamte Nachschlag harrt noch seiner Herausgabe und Bearbeitung. Wann wird die Zeit endlich erfüllt sein?

### Kleine Chronik.

Die Vorlesung von Tollers Schwalbenbüch durch Freiherrn von Reiffenstiel in einem bis zum letzten Platz gefüllten Saal stattfinden. Das ist ein neues Zeugnis dafür, wie viel Toller's Dichtungen in der Leipziger Arbeiterschaft Wurzel geschlagen haben. Es ist ferner ein Beweis, daß man an die Arbeiterschaft auch im Sommer mit ersten literarischen Veranstaltungen herantreten kann, während die Theater dem bürgerlichen Publikum nichts als Schwänke vorzulegen wagen. Auch wer die Gedichte des Schwalbenbüches oft für lächerlich gehalten hat, empfand sie in Reiffs Interpretation als neues Erlebnis. Reiff tauchte die Rhythmen Tollers in eine wunderbare milde und innige Grundstimmung, aus der er nur bisweilen den Zugriff des Gefangen hervortrollen ließ. Man kann eine andre Aufführung von diesen Gedichten haben, man kann sie zum Teil erstaunlich und mit mehr Schattierungen lesen, ergreifender kann man eine Vorlesung des Schwalbenbüches kaum gestalten. Als Reiff las, befand sich Toller bereits einige Stunden in Freiheit. J.

Grus Toller ist am 8. Juli nach Hünfelder Hoft aus der Festung Niederschönfeld entlassen worden. Nach Zeitungsmeldungen wird Toller Bayern sofort verlassen und sich zunächst nach Berlin begeben.

Kammermusikabend im Konservatorium. Zum 80. Geburtstag (6. Juli 1864) des Prof. Stephan Krebs veranstaltete das Konservatorium und der Reichsverband der Tonkünstler und Musiklehrer eine Gedächtnissfeier mit Kammermusikwerken des Meisters. Sein letztes Werk, die Suite für Streichquartett, wurde im letzten Winter schon im Kammermusikabend des Gewandhauses aufgeführt. Krebs wandelt hier ganz in der neuen Richtung, namentlich in der Romanze liegt ein neuzeitlicher Geist. Das Davison-Quartett mit Julius Kleengel spielte das Werk vollendet. — Fräulein Marie Schlesinger, von Otto Weinreich am Klavier begleitet, sang die Lieder op. 28 nicht zur Zufriedenheit. Wenn eins der Lehrerinnen die Lieder gesungen hätte, wäre dem Meister und seinen Komponistin ein größerer Gefallen erwiesen worden. — Herr Dr. M. Steinrich hieß Stephan Krebs eine Gedächtnisrede, vergaß aber dabei ganz, ihn als Vorstand des Reichsverbands der Tonkünstler zu erwähnen und seine Verdienste für die soziale Lage der Musiklehrer zu würdigen. Ein kleiner Hinweis auf die Broschüre Krebs' „Musikleben“ hätte auch nichts geschadet.

**Kleines Theater.** Die Erstaufführung von „Yoshiwara“ muß auf Mittwoch, den 16. Juli, verschoben werden. Ab heute Mittwoch bis einschließlich Sonntag gastieren die Berliner Ritter-Bühnen (Residenz-Theater) mit Steinbergs Tragödie „Fräulein Julie“.

In den Hauptrollen: Maria Monica, Margarete Anselmann, Christian Venbach.

**Apollo-Theater** scheint einen sicheren Instinkt für Güte des Programms zu haben. In einem der interessantesten biologischen Filmen, dessen Aufnahme sicher mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen ist, wird die Tigerrinne in allen ihren Lebensäußerungen dargestellt. Es wirkt wie ein Märchen vom Oger, in starker Vergrößerung dieses starkbnetigen Tieres beim Neßspinne. Beutefangen, Zweifangs und selbst bei dem geheimnisvollen Hochzeitstanz, nach dem das Männchen vom Weibchen getötet und verzehrt wird, zu beobachten. — Das verdeckte Hotel, eine Groteske aus dem Paradies, wo der Allohol geschickt verboten und heimlich getrunken wird, reizt zum Lachen. — Tomm's abenteuerliche Brautfahrt, sechs spannende Akte und doch ohne aufdringliche Effekte, läßt gut in Darstellung und Photographie.

III.

**Gewerkschaftsbewegung.****Achtstundentag und Arbeitskonferenz.**

Dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird von seinem Generalsekretär geschrieben:

Die Internationale Arbeitskonferenz in Genf hat am Sonnabend ihren Abschluß gefunden. Sie hat seit dem 16. Juni gestagt und in fleißiger Arbeit eine ganze Reihe wichtiger sozialpolitischer Probleme in Angriff genommen. Es standen zur Debatte die Frage der Nacharbeit in den Bürokreisen, die der Arbeitszeit in Glasbrennerien, die Verwendung der Freizeit für die Arbeiter und die Bekämpfung des Milzbrandes und das Problem der Arbeitslosigkeit. In Kommissionen wurde das Material, das zu den einzelnen Fragen vorlag, beraten und das Ergebnis in einer Reihe von Entschließungen niedergelegt, die zum Teil grundlegende Änderungen zugunsten der Arbeiter bedeuten. Das dies bei der Zusammenziehung der Delegierten aus je einem Drittel Regierungsvertreter wie Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter nicht ohne Auseinandersetzungen abging, ist begreiflich. Trotzdem ist anzuerkennen, daß im großen und ganzen die Arbeit sachlich und mit gutem Willen auf beiden Seiten geleistet wurde. Nicht unbedeutend ist daran die geschickte Geschäftsführung des Genossen Thomas, Direktor des Arbeitsamtes. Immerhin hinterließ die Genfer Tagung den Eindruck, daß das Internationale Arbeitsamt heute eine der lebter nur zu geringen internationalen Möglichkeiten ist, unbedingt durch nationale Sonderinteressen, sozialpolitische Probleme vor der großen Deutschen Reichsregierung zu erzielen. Das Arbeitsamt ist in diesem Sinne das sozialpolitische Gewissen der zivilisierten Welt.

Das zieht sich besonders deutlich in der Debatte über den Achtstundentag, die durch eine gemeinsame Resolution der Fraktion der Arbeitnehmervertreter auf der Konferenz zugunsten der Autorechterhaltung des Achtstundentages für die deutschen Arbeiter eingeleitet wurde. Begründet wurde die Entscheidung von dem Gen. Jouhaux, der auf die beunruhigende Tatsache hinwies, daß in einem Augenblick, wo die großen Industrieländer Europas das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren wollen, die deutsche Regierung durch eine besondere Ordonnanz eine Verlängerung der Arbeitszeit durchführt, die nicht nur eine schwere Beeinträchtigung der sozialen Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiter bedeutet, sondern weit darüber hinaus ein Grund zu internationalem Beunruhigung ist. Tatsächlich birgt die Erklärung der deutschen Regierung, mit der Mehrarbeit einer größeren Reparationsleistung und der Reparationsleistung dienen zu wollen, die Ankündigung eines neuen wilden Konkurrenzampfes, eines Dumpings in sich, dem die Kapitalisten der anderen Länder nicht zuhören werden, sondern mit einer Herauslösung der Arbeit in ihren eigenen Ländern beantworten werden, unter dem Vorwande, der deutschen Konkurrenz sonst nicht begegnen zu können. Außerdem aber ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die deutschen Arbeiter die Reparationslast allein tragen werden, wenn nicht eine sofortige Klarstellung über die Frage ihrer Mehrarbeit herbeigeführt werde.

Es läßt sich nicht behaupten, daß die deutsche Regierung und die deutschen Unternehmer vor diesem internationalen Forum eine überzeugende Antwort gefunden haben. Wenn die Regierung durch den Führer der deutschen Delegation verlesen läßt, sie bedauert bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Achtstundentages, gegenwärtig von einer verlängerten Arbeitszeit nicht absehen zu können und müsse sich freie Hand vorbehalten, so bedeutet das in diesen Worten: Wir wollen nicht ratifizieren und gibt den Vorsäßigen in den andern Ländern willkommenen Anlaß, nun ihrseits das Gleiche zu tun. Und wenn Herr Vogel für die deutschen Industriekonferenz abschlägt, so mag das wohl noch nach dem Herzen der starken Männer des deutschen Industrieverbandes gewesen sein, aber den deutschen Interessen im Auslande sind mit dieser unnötigen Herausforderung nur geschadet worden. Allgemein war auf der Konferenz der Eindruck vorherrschend, daß hinter diesen beiden Erklärungen Auftraggeber standen, denen jede internationale Regelung der sozialpolitischen Fragen nicht nur gleichgültig, sondern ungemein ist.

Auch die Kampagne eines Teiles der deutschen Presse gegen den Direktor des Internationalen Arbeitsamts wegen seiner angeblich für Deutschland geplanten "Wirtschaftskontrolle" wird hier nur als ein Akt zur Säuberung der Arbeiten des Internationalen Arbeitsamts betrachtet. Tatsächlich hat Thomas wiederholt erklärt, daß ihm eine solche Absicht völlig fern liegt. Trotzdem posaunt WLB regierungsseitig in die Welt aus, daß das deutsche Volk "Mehrarbeit" leisten will und sich gutes Recht dazu von niemandem nehmen lasse. Man stelle sich vor WLB und die deutschen Industriellen, die unbedingt 10, ja am liebsten 12 Stunden arbeiten lassen möchten — um nach ihrer Erklärung vor allem Reparationen zu leisten! Und das soll in der Welt als Erklärung für einen Akt dienen, der nicht nur von der deutschen Arbeiterschaft als Gewaltakt zur brutalen Ausnutzung ihrer augenblicklichen Lage empfunden wird.

Nein, es läßt sich auch ohne Mehrarbeit und Raubbau an der Arbeitsertrag eine Lösung der Reparationsfrage und der Wirtschaftskrisis herbeiführen, wenn der gute Wille auch bei der Regierung und den Unternehmern vorhanden wäre. Aber das ist eben die Frage.

Für den deutschen Arbeiter aber bleibt die Gewissheit, daß seine ausländischen Arbeitsbilder in der wichtigsten Frage der Arbeitszeitregelung auf seiner Seite stehen. „Wir kämpfen für die Arbeiter in der ganzen Welt, wenn wir für den Achtstundentag des deutschen Arbeiters eintreten“, sagte Jouhaux aus der Konferenz, und selbst, wenn dem nicht so wäre, würde die deutsche Arbeiterschaft sich den Achtstundentag zurückholen — aber dann für immer.“

**Der Buchdruckerstand in der Inflationzeit.****Internationale Gewerkschaftsbildbarkeit.**

Einen interessanten Einblick in die Wirkungen der Inflationszeit gestaltet der Geschäftsbericht der Deutschen Buchdrucker für das Jahr 1923. Der Zusammenhang zwischen den Zutaten der Papiermark und der Berufslage der Buchdrucker geht am besten aus der Entwicklung der Spülgenlöhne hervor. Sie betragen Anfang des Jahres 1923 wöchentlich 18 000 Pf., Ende März 71 250 Pf., Ende Juni 336 000 Pf., Ende August 52 020 000 Pf., Ende Oktober 200 Millionen und Ende des Jahres 1923 rund 27 Milliarden Mark. Die Arbeitslosigkeit erreichte am 24. 11. 1923 rund 20,3 Prozent, 65 570 erfaßten Mitgliedern und die Kurzarbeit am 25. 8. 1923 gut 52,1 Prozent. Die Mitwirkungen auf die Mitgliederbewegung konnten nicht ausbleiben. Trotz 3007 Neu- bzw. Wiederaufnahmen und 600 Rückmeldungen zum Beruf ist die Mitgliederzahl, die zu Anfang des Jahres 1923 noch 72 976 betrug, auf 67 477 Mitglieder am Ende des Jahres zurückgegangen. Dieser Mitgliederrückgang ist in erster Linie auf die weiteren Berufsauswanderungen zurückzuführen. In der Bewegungsstatistik werden 4182 Abmeldungen zu anderen Berufen aufgeführt; diese Zahl ist aber nicht erschöpfend. Die Anzahl der zu anderen Berufen übergetretenen Mitglieder wird seit Beendigung des Weltkrieges auf 22 000 geschätzt. Die vielen Rückmeldungen zum Beruf im ersten Quartal 1924 lassen aber hoffen, daß die rückläufige Bewegung in der Mitgliederzahl nicht nur zum Stillstand gekommen ist und es wieder bergauf geht. Auch in der Lehrlingsabteilung ist ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen, und zwar von 9784 auf 7362. Der Hauptteil dieses Rückgangs ist auf die vermindernden Neueinstellungen zurückzuführen. Das ergibt sich klar aus der Bewegungsstatistik; denn 2110 Auslernenden stehen nur 1294 Neueintretende gegenüber.

Eine Besserung durch Einführung der Rentenmark zeigen die Kassenverhältnisse. Die Bilanzen weisen an Vermögen aus:

am 31. März 1923 100 486 870,75 Papiermark = 20 151,52 Goldmark; am 30. Juni 1923 234 750 026,55 Papiermark = 6 925,54 Goldmark; am 30. September 1923 77 352 384 380 Papiermark = 2030,50 Goldmark; am 31. Dez. 1923 41 446 410 000 000 000 Papiermark = 41 446,41 Goldmark. Die beste Organisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung konnte in der Sturmflut der Inflation nur durch internationale Solidarität über Wasser gehalten werden. Auf Grund des Aufrufs des Internationalen Buchdruckersekretariats in Bern erhält der Verbund aus Belgien, Zentrale 1000 belg. Franc, Section Antwerpen 100 belg. Franc, Dänemark 2000 dän. Kronen, Island 100 isl. Kronen, Italien 6500 Lire, Jugoslawien 10 000 Dinar, Luxemburg 500 belg. Franc, Norwegen 1930 Kronen, Österreich 140 Dollar und 6450 Schweizer Franc, Rumänien 1 Cluj (Zentrale) 16 104 Lei, Temeswar 18 Dollar, Schweden 1000 Kronen, Schweiz, Zentrale 2800 Franc, Typographia Bern 500 Franc, Section Zürich 20 Franc, Tschechoslowakei 45 000 Kronen, Ungarn 8 000 000 ung. Kronen. Die deutsch-amerikanische Typographia übermittelte 1000 Dollar.

Um Lohnbewegungen wurden geführt 67 Angriffsbewegungen in 54 Orten mit 1330 Betrieben und 18 764 Mitgliedern (davon waren 49 Fälle mit 17 800 Mitgliedern erfolgreich), 12 Aussprachen in 9 Orten mit 24 Betrieben. Betroffen wurden von diesen Aussprachen 557 Mitglieder, von denen nur 568 wieder in die Betriebe eingestellt wurden. In 5 Fällen erreichten die Unternehmer den mit der Aussprache gewollten Zweck nicht.

**Ausbeutung von Heimarbeiterinnen.**

Die Firma Brecher u. Co., Leipzig, Gerberstraße 43, vergibt als Heimarbeit Schleifen-Juppen, Windjaden, Breches, Stoffhosen usw. Sie zahlt den Heimarbeiterinnen für das Nähen von Juppen pro Stück 60 Pf. Nach dem Tarif vom 22. 4. 24 sind aber für Juppen und Windjaden mit zwei Taschen für Herren pro Stück 1,50 Mk. und für Damen 1,37 Mk. zu zahlen. Bei Vorstelligkeiten wurde von einem Vertreter der Firma behauptet, daß die Tariflöhne gesetzlich wären, dabei wurde der Tarif vom 2. 4. 24 vorgezeigt, obwohl dieser bereits durch einen neuen Tarif mit höheren Löhnen aufgehoben ist. In die Enge getrieben, fanden der Jußneider und der junge Herr der Firma schließlich dazu, sich den Tarif von Stettin hinzunehmen zu lassen, denn dieser wäre maßgebend. So werden die Heimarbeiterinnen irregelmäßig, um den ihnen austehenden Lohn betrogen und ausgebeutet. Durch Hungerlöhne der Heimarbeiter verschaffen sich die Unternehmer riesige Gewinne und erfreuen sich noch zu sagen: „Die Frauen werden froh sein, wenn sie für noch weniger Geld arbeiten können“.

Noch einiges über den Betrieb selbst.

Das Geschäft befindet sich in der Gerberstraße 43. Es ist ein kleiner dunkler Laden mit einem anstoßenden kleinen Raum in der Größe von etwa 3 Quadratmetern. Darin sitzt ein Fräulein, der „Jußneider“. Hier werden hämische Heimarbeiterinnen abgesetzt. Die Firma wird also wenig Spesen haben. Dem entgegen steht der horrende Lohn. Während der Anwesenheit unseres Gevähsmannes wurden fünf bis sechs Frauen abgefertigt, und nicht eine war dabei, die nicht etwas zu bemängeln hatte. Entweder es fehle Futter oder es war zu kurz geschnitten, oder die Kragen waren zu schmal. Es war alles andere, nur nicht zum sofortigen Nähen vorgearbeitet. Hier hat der „Herr Jußneider“ wohl manches Meisterstück geliefert. Gehäftsprinzip der Firma scheint zu sein: Wenig Spesen, noch weniger Lohn für die Heimarbeiter und einen guten Gewinn für den Unternehmer! Dann hängen in der Arbeitsstelle weder Arbeitszeitbestimmung noch Lohnabelle aus.

Heimarbeiter, hört euch bei der Firma genau, wo ihr lauft!

**Der Streit der Gläser beendet.**

Nachdem der Streit der Gläser kein Wochen gebraucht hat, wurde die Arbeit am Montag, dem 7. Juli, gleichförmig wieder aufgenommen. Der Erfolg ist folgender: Die 48 Stundenarbeitswoche bleibt bestehen. Der Mindestlohn für Gläser über 22 Jahre beträgt 70 Pf. pro Stunde, Gläser im Alter von 18—20 Jahren erhalten 70 Prozent, von 20—22 Jahren 90 Prozent der Mindestlohn. Die ersten drei Lehrkunden werden mit 10 Prozent, die weiteren mit 25 Prozent Aufschlags bezahlt. Für Sonntagsarbeit werden 50 Prozent Aufschlag bezahlt. Die Gläser bleiben in der alten Fassung bestehen. Auf alle bestehenden Löhne erfolgt ein Zuschlag von 14 Pf. Auf alle Baustunden werden 5 Prozent Zuschlag gewährt. Für Holzabläden und Spiegelsteineinlagen gibt es für die Stunde 10 Pf. mehr. Montagearbeiter erhalten bis 5 Kilometer 1½ Stundenlohn, ohne Übernachtungen einen Stundenlohn, mit Übernachtungen vier Stundenlohn. Der Astortarif von 1922 wird voll dezidiert. — Wenig auch nicht alle Forderungen restlos erreicht wurden, so können wir mit dem Erfolg zufrieden sein. An den Kollegen liegt es nun, das Errungene hochzuhalten.

**Volkswirtschaftliches.****Jahresbericht der Reichsbank.**

Am 5. Juli fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Schacht die Generalversammlung der Reichsbank statt. Die Zahlenangaben aus dem Jahresbericht für 1923 sind, soweit sie die einzelnen Posten in Papiermark auf der Aktiv- u. Passivseite betreffen, wie die Berichte anderer Banken ohne praktische Bedeutung. Es handelt sich um Additionen von Zahlen, die keinen Sinn haben. Was den Geschäftsverkehr im einzelnen anbetrifft, so haben die Geschäftsumsätze 61 677,9 Trillionen Mark befragt. Der Goldbestand belief sich Anfang 1923 auf 1004,8 Million Goldmark, wovon 50 Million unbefristet bei der Bank von England ruhten. Bis zum Jahresabschluß hat sich der Goldbestand um 537,8 Millionen Goldmark vermindert und betrug am 31. Dezember 1923 467 Millionen Goldmark; davon sind 21,3 Millionen im Auslandsdepot. Von der Abnahme sind 113 Millionen Goldmark für die Einlösung der am Belgien gegebenen Reparationswechsel, die das Giro der Reichsbank trugen, verwendet worden, der übrige Teil in der Hauptsache zur Stützung der Markvaluta. Der Buchbestand an Silber stellte sich am 1. Januar 1923 auf 1287,8 Millionen Mark, am Jahresabschluß auf 2,6 Trillionen Mark. Von den Silbervorräten sind im Berichtsjahr 165 000 kg sein zwecks Devisenbeschaffung veräußert worden.

Sehr interessant sind die Angaben der Bank über die Goldbeschaffungen durch Franzosen und Belgier während der Ruhrbesetzung. Mehrfach wurden unvollständig bedruckte Notenformulare fortgenommen, widerrechtlich durch Nummernauflauf verstellvertigt, mithin gefälscht und dann ausgegeben. Die beschaffungsnahmen Goldbezüge hatten einen Wert von 26 Millionen Goldmark; außerdem wurden Gold- und Silbermünzen sowie ausländische Noten im Gesamtwert von 75 000 Goldmark fortgenommen. Ferner sind bei Ausbruch der Separatistenunruhen im Rheinlande 400 000 Goldmark von den Separatisten gestohlen worden.

Zu gedenken ist noch eines Postens, den wir erfreulicherweise seit Monaten in den Ausweisen der Bank vermissen: die berüchtigten diskontierten Reichsschatzanweisungen, das Mittel zu immer neuen Geldschöpfungen. Der Bericht bemerkt zu diesem Punkt: „Die Bestände an diskontierten Schatzanweisungen des Reichs erreichten am 15. November ihren Höchstbestand von 189,8 Trillionen Mark. Der Absatz an Schatzanweisungen im freien Verkehr war im Verlauf des Jahres aus begreiflichen Gründen proportional hinter der rapiden Zunahme der schwebenden Schulden des Reichs immer mehr zurückgeblieben. Zu Jahresbeginn hatte der am freien Markt untergebrachte Teil der Schatzanweisungsschulden noch 21 Prozent des Gesamtbetrages ausgemacht, am 15. November stellte er sich auf kaum 1 Prozent. Das Lombardgeschäft blieb in der ersten Jahreshälfte nach wie vor in der Hauptsache den Darlehnskassen des Reiches überlassen.“

Der Gesamtbruttogewinn beträgt 33,8 Trillionen Papiermark (1 Trillion = 1 Goldmillion). Davon wurden allein 44,1 Trillionen

im Diskontgeschäft verdient. Der Bank fiel also von den Inflationsgewinnen nur ein magerer Bruchteil zu. Da Ausgaben in Höhe von 50,8 Trillionen vorhanden sind, beträgt der Reingewinn buchmäßig 13 Trillionen. Unter Voraussetzung, daß der Gesetzentwurf über die Verteilung des Gewinns der Reichsbank ohne Änderung genehmigt wird, soll die Dividende 10 Billionen Mark auf einen 1000-Mark-Anteilschein und 30 Billionen Mark auf einen Anteilschein zu 3000 Mark betragen. Demnach würde das Reich insgesamt 10,3 Trillionen Mark erhalten. Unter den Eigentümern der Reichsbankanteile befanden sich am 31. Dezember 1923 16 416 Inländer und 2 503 Ausländer. Im Betrieb der Reichsbank waren Ende des Jahres 22 909 Arbeitskräfte (Ende 1922 13 316) beschäftigt. An Zweigstellen waren vorhanden: 17 (1922 18) Reichsbankhäuser, 349 (1922 342) Reichsbanknebenstellen, 1 (1922 2) Reichsbankwarendepots.

Die Kosten der Banknotenherstellung im Jahre 1923 erreichten den ganz ungewöhnlich hohen Betrag von 32,8 Trillionen Mark.

**Gestörter Produktionsverlauf durch nichtorganisierte Arbeiter.**

Der jüngste Bericht der amerikanischen Kohlenkommission hat festgestellt, daß die nichtorganisierten Bergarbeiter ihre Arbeitsstellen unvergleichlich häufiger wechseln, als die organisierten. In manchen Bergwerksbezirken, welche Nichtorganisierte beschäftigen, beläuft sich die Fluktuation der Arbeiterschaft auf jährlich 230 Prozent. Durch dieses Umschlag werden aber die Produktionskosten erheblich gesteigert, da neben den Werbekosten der fortwährende Wechsel an Arbeitern den Verlauf der Produktion nachteilig beeinflußt. Der Bericht hebt die stabilisierende Wirkung der Organisation hervor.

**Die Baumwollgarn verbrauchende Industrie** hat sich unter dem Namen Hauptstelle Deutscher Baumwollgarnverbraucher mit dem Sitz in Berlin zusammengeschlossen. Der Zusammenschluß bezeichnet Abwehr der Schutzzölle auf Baumwollgarne.

Eine türkische Kommission ist in Deutschland eingetroffen, deren Aufgabe ist, Zahlungen und Warenlieferungen auf Grund der aus dem Kriege herrührenden Verträge zu regulieren. Die türkische Republik wird zur kommenden Frankfurter Herbstmesse, die vom 21. bis 27. September 1924 stattfindet, eine Ausstellung der Produkte ihres Landes veranstalten.

**Schutzzollpolitik in Holland.** Die gegenwärtige klerikale Regierung Hollands forciert das alte Schutzzollprojekt, das ihre Vorgänger im Osteile bereits 1911 vorgeschlagen hatten. Das Projekt sieht u. a. eine Erhöhung des zurzeit 5 v. H. betragenden Wertzolles auf 8 v. H. für den größten Teil der zum Import in Frage kommenden Textilwaren vor. Damals kam das Schutzzollregime nicht zustande. Nun soll nach Beendigung der Ferien im September das Gesetz in der zweiten Kammer behandelt werden und Rechtskraft erhalten.

**Das italienische Tabakmonopol** hat in den mit dem 30. Juni abgelaufenen Vertragsjahr 2844 Millionen Lire eingebrochen. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Mehreinnahme von 80 Millionen Lire. Der Voranschlag ist mit 13 Millionen Lire übertroffen.

**Amtliche Preise der Produktenbörsen:**  
Berlin, 8. Juli.

Produkte	8. Juli	7. Juli
Weizen, märkischer . . . . .	138—143	138—143
Roggen, märkischer . . . . .	125—133	125—133
Gerste, Sommer . . . . .	138—147	138—147
Winter . . . . .	127—136	127—135
Hafer, märkischer . . . . .	128—138	128—138
Weizenmehl . . . . .	21,00—23,75	21,00—23,75
Roggenmehl . . . . .	18,50—21,75	18,50—21,75
Getreide 1000 Kilo, Mehl 100 Kilo.		

**Amtliche Preise der Produktenbörsen:**  
Leipzig, 8. Juli.
<table border

## Neues Theater.

Montagabend Bernau 2145  
Mittwoch, den 9. Juli 1924  
127. Komedie-Vorstellung 15. Polizei, gehm!  
Gesamtgalibei des Berliner Triomontheaters  
Leitung: Robert Weil  
**Oma Limburg in  
Der Chevalier**  
Drama. Von Hugo  
Richter. In 4 Akten von Ludwig Silber  
Prologen: Conrad Jennings, Architekt (Max  
Walter); Sabine, seine Frau (E. Lindberg); Julius  
rat Mohr (K. Wolf); Bern Berrena (E. Kluge);  
Krete, Pauline (E. Müller); Treßens, Sabines  
Mutter (E. Stöck); Ruth, Tochter, Dienstmädchen  
(E. Hahn); Z. Jahn.  
Das Stück spielt in Berlin  
Zerstörte Alt im Brühlsche, der steht im Herzen  
Von 11 bis 12 Uhr. Anfang 12 Uhr. Ende gegen 10 Uhr

## Alles Theater.

Richard Wagner-Play Bernau 2145  
Mittwoch, den 9. Juli 1924  
Vollständige Vorstellung zu beiden Preisen  
**Alt-Heidelberg.**  
Drama in 5 Akten von Max Weber. Drehbuch  
von Otto Geleg von Herbert Höhner.  
Berlin: Karl Heinz d. Gedruckt vom Schloss-  
Hofdruckerei (E. Müller); Staatsminister von Haus-  
und Freytag (E. Müller); Hofmarkgraf Prinz von  
Württemberg (E. Müller); Kommerzienrat Baron  
von Streitberg (E. Müller); Dr. phil. Guttmann  
(E. Müller); Lukas Hammerbauer (E. Müller);  
Ludwig Graf v. Altenberg, Graf von Württemberg (E.  
Müller); Pauline, Dienstmädchen vom Corps "Saguntia" (E.  
Müller); Carl Wendel, Dr. Max, Dr. Müller; E.  
Müller; Auto-Turner (Eduard Seiffert); Albert  
Schäffer (E. Müller); Frau Müller (E. Schönfeld);  
Franz Dorff, deren Tochte (E. Schönfeld); Kellermi-  
nne (E. Müller); Sophie (E. Müller); Schäfermann,  
Oskar; Neuler, vergangliche Dienste (E. Müller);  
Hammerbauer, Oskar; Studenten, Wissenschaften,  
Dieuer.  
Der 1. Akt und 4. Akt spielt im Schloss Heidel-  
berg, der 2., 3. und 5. in Heidelberg. Dichten  
dem 2. und 3. Akt liegt ein Zeitraum von einigen  
Monaten, zwischen dem 3. und 4. Akt ungefähr  
2 Jahre.  
Von 11 bis 12 Uhr. Anfang 12 Uhr. Ende nach 10 Uhr

## Neues Operetten-Theater.

Wettenteile Bernau 2248  
Mittwoch, den 9. Juli 1924  
Vorstellung für den Wirtschaftsverein Deutscher  
Reiter

### Wo die Perche singt

Operette in 3 Akten (nach einem Entwurf des  
Dr. Franz Moritz) von Dr. A. M. Möller und  
Herrn Reichert. - Musik von Franz Lehar  
In Scène gelegt von Joseph Brok  
Musikalische Leitung: Otto Hindemith.

### Schauspielhaus

Sophienstr. 17/19. Tel. 21000/21009  
Mittwoch, den 9. Juli 1924, abends 8 Uhr  
Mit Bernhard Widenbain  
**Die vertragte Nacht**  
Schwarz in 3 Akten von E. Arnold und E. Hahn  
In Scène gelegt von Bernhard Widenbain,  
Berlin: Ernst Dobermann, Gotthebe, Güller,  
mit und Melchior-Lengroß (Bernhard Widenbain);  
Ida, seine Frau (E. Müller-Widenbain); Edith  
Krönig, ihre Tochter (E. Müller); Dr. Hoffmann; Dr.  
Wolfgang Abelsius, Privatgelehrter, Edith Mann  
(E. Müller); Klaus Nelling (E. Müller); E. Müller  
(E. Müller); Maria, deren Freundin (E. Müller);  
Heinrich Beimstein, Gastronom, Joss  
Schäfer (E. Müller); Frau Müller (E. Müller);  
Kunst (E. Müller); Ein Nellner (E. Müller);  
Der erste und letzte Akt spielen bei Dobermann,  
der zweite in Reinholtz' Ausgesellenwohnung.  
Das Stück spielt im Sommer, in einer großen  
Wohnung.

Von 11 bis 12 Uhr. Anfang 12 Uhr. Ende nach 10 Uhr

Donnerstag, den 10. Juli, und folgende Tage,  
abends 8 Uhr: Die vertragte Nacht.

### kleines Theater.

Die Kronstädter Str. 10. Tel. 12344  
Grafenbadstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19  
Gastspiel-Theater: M. Horn - E. Zimmermann

### Gastspiel-Theater Berlin

Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr  
**Fräulein Julie**

Tragödie von Aug. Strindberg  
Hauptdarsteller: Marie Monica, Christian  
Lindau, Marg. Antelmann

Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 Uhr  
Erstaufführung!

### Hoshimara

(Das Haus der Väter)  
von Hans Boden  
mit Erna Kluge  
von den  
Rotter-Bühnen als Gast  
ferner als Gastspielleiter: V. H. Schmidl  
vom Schauspielhaus Leipzig

### Jöll Gasthof Seegeritz

M. LANGE  
Garten, Gesellschaft-, Ballsaal  
Mockau 5 km - Pausch. 2½ km

## VOLKS

## HAUS

Morgen Donnerstag, von 7 Uhr an

## Großes Volks-Ballfest

## Heute Mittwoch, von abends 7 Uhr an

## Garten-Frei-Konzert

Heute: Großes Doppel-Schlachtfest  
Spezialität: H. Thüringer Rostbratwurst

